

# Wirtschaftspolitische Positionen 2025 - Fachthemen

## Inhalt

1. Wirtschaftspolitischer Kompass der IHK Bonn/Rhein-Sieg.....	2
2. Mobilität und Verkehr .....	5
3. Gewerbeflächen und Ansiedlungen.....	8
4. Industrie .....	10
5. Digitalisierung .....	13
6. Breitband .....	15
7. Einzelhandel und Stadtentwicklung.....	18
8. Fachkräfte, Arbeitsmarkt und Bildung .....	21
9. Demografie und Vereinbarkeit von Familie und Beruf .....	23
10. Wohnraumbedarf .....	24
11. Kommunale Haushalte, Steuern und Abgaben.....	26
12. Regionale Kooperation, Metropolregion Rheinland .....	29
13. Kultur und Tourismus .....	31
14. Gründungen und Nachfolge.....	33
15. Wissenschaft, Innovation und Technologietransfer.....	36
16. Energie und Umwelt.....	38
17. Klimaschutz und Nachhaltigkeit .....	41

# 1. Wirtschaftspolitischer Kompass der IHK Bonn/Rhein-Sieg

Eine erfolgreiche Wirtschaft benötigt verlässliche Rahmenbedingungen. Auch für die Wirtschaftspolitik ist eine klare Orientierung bei der Entwicklung und Umsetzung von Reformen unerlässlich. Eine solche Orientierung – sowohl für die Politik auf den verschiedenen Ebenen als auch für die Arbeit der IHK Bonn/Rhein-Sieg – sollen die vorliegenden „Wirtschaftspolitischen Positionen“ bieten. Leitbild ist dabei das System der Sozialen Marktwirtschaft mit den Grundprinzipien Freiheit und Verantwortung. Leitbild ist auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Industrie.

Freie Preisbildung und (internationaler) Wettbewerb, offene Märkte, Privateigentum, Vertragsfreiheit, individuelle Haftung und die Konstanz der Wirtschaftspolitik sind grundlegende Prinzipien einer solchen Wirtschaftsordnung. Daraus folgt, dass die Wirtschaft überbordende staatliche Regulierung, Bürokratie, Zentralismus und Aktionismus, der der internationalen Wettbewerbsfähigkeit schadet, kritisch sieht.

Ergänzend tritt die staatliche Sozialpolitik in unverschuldeten, individuellen Notlagen hinzu. Das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft ist nicht zu verwechseln mit dem Volumen öffentlicher Sozialausgaben. Vielmehr bemisst sich das Soziale daran, ob die Menschen die Chance haben, ihren Lebensunterhalt selbst zu erwirtschaften. Sozial ist, was Beschäftigung und Wachstum schafft. Die Finanzierbarkeit des Sozialstaates, zu der auch Unternehmen durch Steuern und Sozialabgaben beitragen, muss dabei stärker in den Fokus genommen werden. Überbordende Sozialbeiträge verteuern Beschäftigung unverhältnismäßig; zu hohe Steuern machen den Wirtschaftsstandort international unattraktiv.

Die Nachhaltigkeits- und Klimapolitik hat sich mit intensiver staatlicher Regulierung stark in den Vordergrund der europäischen und deutschen Ordnungspolitik geschoben – zum Nachteil der deutschen Industrie und nachgelagerter Branchen. Vom Grundsatz bekennt sich die Wirtschaft zu dem Ziel, die Welt in Richtung Klimaneutralität zu verändern. Klimaneutralität kann aber nur ein weltweites, alle Gesellschaften umfassendes Ziel sein – Deutschland und erst recht die Region Bonn/Rhein-Sieg sind schlicht zu klein und unbedeutend, um durch unilaterales Handeln das Klima zu retten. Ökologische Nachhaltigkeit muss durch ökonomische und soziale Nachhaltigkeit flankiert werden. Die Energie- und Klimapolitik muss sich stärker an der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ausrichten, sonst schreitet die gefährliche Deindustrialisierung Deutschlands mit der Verlagerung ganzer Industrien und dem Verlust von Zigtausend Arbeitsplätzen weiter voran. Auch der ambitionierte Zeitplan hin zur vollständigen Klimaneutralität muss überdacht werden: Weder planerisch-baulich noch technisch noch finanziell sind die Ziele innerhalb der knappen Zeiträume zu erreichen, die sich Region, Land und EU als Ziel gesetzt haben.

Exzessive staatliche Regulierung und damit einhergehende Bürokratie für die Wirtschaft sind zu einer ernsthaften und kostenintensiven Belastung für Unternehmen

geworden, die manchen Betrieb zur Aufgabe zwingen. Deregulierung und der spürbare Abbau bürokratischer Anforderungen müssen das staatliche Handeln stärker prägen; redundante Regelungen sind abzuschaffen. Während Bürokratieabbau vor einigen Jahren noch als nice-to-have angesehen wurde, ist Bürokratiebelastung heute zu einem der drei kritischsten Standortfaktoren geworden.

Die IHK Bonn/Rhein-Sieg verpflichtet sich in zentralen wirtschaftspolitischen Handlungsfeldern auf die folgenden Orientierungsmarken:

### **1. Märkte öffnen – Wettbewerb stärken**

Es bedarf einer Rückbesinnung auf die Marktmechanismen von Angebot und Nachfrage. Die Politik muss Märkte konsequent für Unternehmen öffnen und den Wettbewerb sowohl auf regionaler als auch auf nationaler und internationaler Ebene stärken. Alle Wettbewerbsverzerrungen gilt es zu unterbinden. Zwischen Ländern und Anbietern muss ein „level playing field“ sichergestellt sein – also ein vergleichbarer Wettbewerbs- und Regulierungsrahmen. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen muss gewahrt oder wieder hergestellt werden. Die zunehmend unübersichtliche Anzahl an Förderprogrammen und die Subventionierung einzelner Unternehmen verzerren den Markt. Auf kommunaler Ebene sollten beispielsweise kommunale Eigenbetriebe keinesfalls ihre Dienstleistungen anderen als der eigenen Kommune umsatzsteuerbefreit anbieten, denn dies verzerrt den Wettbewerb zu Lasten privater Anbieter am Markt.

### **2. Staat auf Kernaufgaben konzentrieren**

Die Forderung nach „weniger Staat“ ist nicht gleichzusetzen mit einem „schwachen Staat“. Ganz im Gegenteil: Staatliche Aufgaben, wie der Schutz des Wettbewerbs, die Sicherstellung einer leistungsfähigen Infrastruktur oder ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung, sind Grundvoraussetzungen für eine funktionierende Wirtschaft. Um den Wildwuchs an staatlichen Aufgaben einzugrenzen, bedarf es einer generellen Aufgabenkritik.

### **3. Bürokratie abbauen und Vorgaben deregulieren**

Die staatlich verursachte Bürokratie muss auf ein erforderliches Mindestmaß reduziert werden. Redundanzen sind abzubauen; staatliche Vorgaben müssen dereguliert werden. Neue Belastungen für Unternehmen sind zu vermeiden. Die bisherigen Konzepte zum Bürokratieabbau müssen überdacht werden, da sie keine hinreichend entlastende Wirkung bei Unternehmen erreicht haben.

### **4. Subsidiarität ausbauen – staatliche Eingriffe eng begrenzen**

Die IHK Bonn/Rhein-Sieg setzt auf das Prinzip der Subsidiarität. Eingriffe des Staates in den Marktmechanismus darf es nur dann geben, wenn die privaten Akteure die gewünschten Aufgaben nicht erfüllen können und nur der Staat wirklich bessere Ergebnisse sicherstellt – andernfalls werden Investitionen und Wachstum behindert. Beispielsweise sollte die Lohnfindung Aufgabe der Tarifparteien sein, den Mindestlohn

sollte die zuständige Kommission festlegen, die Politik sollte sich aus dieser Debatte heraushalten. Auch staatliche Vorgaben zur Nutzung des Eigentums oder zur Höhe des Preises oder des Mietzinses darf es nur dann geben, wenn Machtkonzentrationen zu einem Marktmissbrauch oder gar Marktversagen führen.

### **5. Selbstverwaltung stärken**

Die Selbstverwaltung der Wirtschaft ermöglicht betriebliche Lösungen, die den Bedürfnissen der Unternehmen gerecht werden. Insbesondere auf dem Feld der Dualen Ausbildung weiß die Wirtschaft selbst besser, was für die eigenen Betriebe gut und richtig ist. Auch die Meinungsbildung zu wirtschaftspolitischen Themen sollte frei und unabhängig entfaltet und vertreten werden können. Industrie- und Handelskammern als Selbstverwaltungskörperschaften leisten dies und sollten in ihrer Unabhängigkeit weiter gestärkt werden.

### **6. Öffentliche Finanzen nachhaltig organisieren**

Die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen – auch für Unternehmen. Die Wirtschaft hat deshalb ein großes Interesse an nachhaltig strukturierten, ausgeglichenen öffentlichen Haushalten. Dabei ist auch eine Reform der Finanzbeziehungen zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen erforderlich. Die Verantwortung der Kommunen und Länder für die eigene finanzielle Lage muss erhöht werden. Verschuldungsregeln (zum Beispiel die Schuldenbremse) sind sinnvoll, da sie finanzielle Nachhaltigkeit öffentlicher Haushalte garantieren.

### **7. Eigenverantwortung stärken**

Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört die Unterstützung derer, die sich nicht vollständig selbst versorgen können. Eine wirksame Sozialpolitik muss hierbei bei der Eigenverantwortung und -anstrengung der Menschen ansetzen. Andernfalls wird das Sozialsystem, das auch aus Steuern und Beiträgen der Unternehmen gespeist wird, für die Wirtschaft langfristig zu teuer – darunter leidet dann auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Arbeit muss sich für die Menschen wieder lohnen und darf nicht durch die steigenden Kosten des Sozialsystems unnötig verteuert werden. Nicht zuletzt mit Blick auf den Fachkräftemangel müssen zudem Anreize abgeschafft werden, die arbeitsfähige Menschen dazu motivieren, sich aus dem Arbeitsmarkt herauszuziehen und sich dem Sozialsystem zuzuwenden – von jeder arbeitsfähigen Person darf erwartet werden, dass sie ihren Beitrag zu Beschäftigung, Steuern und Abgaben leistet.

### **8. Verlässlichkeit schaffen**

Unternehmen sind nur bereit, langfristig zu investieren, wenn sie sich auf möglichst stabile Rahmenbedingungen verlassen können. Zu nennen sind hier neben dem Steuer- und Abgabensystem und der Arbeitsmarktpolitik unter anderem auch die Energiepreise, die Klimapolitik und die bürokratischen Belastungen. Schon allein aus

diesem Grund muss sich die Politik an den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft orientieren.

## 9. Nachhaltigkeit: Ökonomie stärker berücksichtigen

Unter Nachhaltigkeit verstehen wir eine wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Die Politik ist gefordert, einen Nachhaltigkeitsrahmen zu definieren, der allen drei Aspekten der Nachhaltigkeit gerecht wird und Deutschland als Wirtschafts- und Industriestandort nicht gefährdet. Der Klimawandel ist ein weltweites Phänomen, das sich durch unilaterales Handeln unserer Region oder Deutschlands nur begrenzt beeinflussen lässt. Eine Energie- und Klimapolitik, die die Gefahr einer voranschreitenden Deindustrialisierung mit unübersehbaren Folgen für andere Branchen birgt, lehnen wir entschieden ab. Die Zeitpläne zur CO<sub>2</sub>-Reduktion müssen Hand-in-Hand mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrieunternehmen gehen. Die Energieversorgung spielt hierbei die wichtigste Rolle: Grundlastfähigkeit und Bezahlbarkeit, auch der Netzentgelte und anderer Abgaben, sind hierbei essenziell. Regulatorische Redundanzen, die die Unternehmen unnötig belasten, sind abzubauen: Der sukzessive Anstieg des CO<sub>2</sub>-Preises reicht als marktfähiges Instrument vollkommen aus, um Wirtschaft und Gesellschaft in ihrem Klimaverhalten hin zur CO<sub>2</sub>-Neutralität zu verändern; zahlreiche andere regulatorische Vorgaben verursachen dagegen nur unnötige Bürokratie und belasten die Wirtschaft.

## 2. Mobilität und Verkehr

Wie es ist

- **Infrastruktur ist Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand:** Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist mitentscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der Region Bonn/Rhein-Sieg im regionalen, nationalen sowie internationalen Standortwettbewerb. Die schnelle, flexible und kostengünstige Mobilität von Gütern und Personen ist Voraussetzung für Wachstum und die Sicherung des Standortes.
- **Anforderungen und Bedürfnisse ändern sich:** Haushaltsstrukturen, Lebensformen, Werte und Einstellungen ändern sich ebenso wie Wohnstandorte, Arbeitsplätze und das Mobilitätsverhalten. So entdecken immer mehr junge Familien die Stadt als attraktiven Wohnort, da sich aufgrund der geringeren Wegezeiten und -kosten Familie und Beruf leichter miteinander vereinbaren lassen. Mobiles Arbeiten und Homeoffice ermöglichen eine größere Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsort, da die Wegstrecke nicht mehr täglich zurückgelegt werden muss. Gleichzeitig erfordern befristete Arbeitsverhältnisse und freie Mitarbeit von Teilen der jüngeren Gesellschaft eine erhöhte Mobilität. Ähnliches gilt auch für den Güterverkehr: Alle Prognosen gehen von weiterem Wachstum aus, der Gütertransport auf der Straße wird hier die Hauptlast

tragen müssen. Der Verkehr aus der Region und in sie hinein wird damit weiter zunehmen.

■ **Schienennetz in Bonn/Rhein-Sieg hat Kapazitätsgrenzen erreicht:** Weil Nah-, Fern- und Güterverkehr häufig dasselbe Gleis benutzen und sich so gegenseitig behindern, sind Verteilungskämpfe auf der Schiene inzwischen an der Tagesordnung. Ohne einen weiteren Ausbau kann die Schiene kaum noch weitere Mengen aufnehmen. Zudem steht der maroden Schieneninfrastruktur eine längere Sanierungsphase bevor, die bereits begonnen hat und leider heute schon zu einer Reduktion des Angebots im Fernverkehr führt.

■ **Sanierungsmaßnahmen bei Brücken und Straßen:** Eine besondere Herausforderung für den Wirtschaftsverkehr stellen die geplanten Sanierungen der (Rhein-)Brücken einschließlich der A 565 als Hochstraße („Tausendfüßler“) dar. Auf diesen Hauptachsen sind die Kapazitätsgrenzen bereits erreicht; langfristige Sanierungsmaßnahmen und Ersatzneubauten führen zu erheblichen Eingriffen in das Verkehrsgeschehen.

■ **Die Pendler stehen zwei Mal am Tag im Stau:** Bonn gehört zu den staureichsten Städten in NRW. Die Infrastruktur ist so überlastet, dass viele Menschen die Arbeitsplätze nicht mehr mit vertretbarem Zeitaufwand erreichen können. Teils wird Infrastruktur umgewidmet, sodass sich Fahrzeiten zusätzlich verlängern. Spediteure und Dienstleister leiden unter den Bedingungen, weil sie die Stauzeiten nicht vermeiden können und deshalb einpreisen oder gar Aufträge ablehnen müssen.

Was noch zu tun ist

■ **Die Verkehrsinfrastruktur muss dem Bedarf entsprechend weiter ausgebaut werden:** Bezüglich der Straße ist insbesondere eine Stärkung der Ost-West-Verbindungen notwendig – es müssen weitere Straßen (aus)gebaut werden. Fahrrad, ÖPNV, SPNV und neue Mobilitätsformen allein reichen nicht aus, um die Mobilität zu sichern.

■ **Projekte aus dem Bundesverkehrswegeplan planen und umsetzen:** Wichtige Verkehrsprojekte aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis im Bundesverkehrswegeplan müssen in den kommenden Jahren geplant und realisiert werden. Dazu zählen neben dem sechsstreifigen Ausbau der A 565 auch die Rheinspange A 553 sowie die Ortsumgehung in Hennef-Uckerath. Auch die umstrittene Südtangente sollte nicht ganz aus den Augen verloren werden, da sie einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Netzresilienz leisten könnte. Baugenehmigungs- und Planfeststellungsverfahren sollten hierbei durch Standardisierung beschleunigt werden.

■ **Wirtschaftsparkplätze schaffen:** Durch den Wegfall von Parkraum entsteht ein hoher Parkdruck. Parkplätze werden zur Mangelware, da angekündigte Quartiersgaragen bisher nicht umgesetzt wurden. Die IHK Bonn/Rhein-Sieg spricht

sich daher für die Einrichtung von Sonderparkflächen für Handwerker und Dienstleister aus. Diese Plätze sollten nur für die Wirtschaft vorgesehen sein, wobei der Missbrauch durch die zuständige Ordnungsbehörde verhindert werden sollte. Sie stellen somit eine wichtige Ergänzung zu den Liefer- und Ladezonen dar.

■ **Schienenumschlagpunkte ausbauen, Bahnstrecken reaktivieren:** Für den umwelt- und ressourcenschonenden Güterverkehr müssen zusätzliche Schienenumschlagpunkte für Container- und Wagenladungsverkehr untersucht, planerisch festgesetzt und erschlossen werden. Zudem sollte versucht werden, stillgelegte Schienentrassen zur Entlastung und Anbindung von verladenden Unternehmen zu reaktivieren.

■ **Nachtflug am Flughafen Köln/Bonn weiterhin ermöglichen:** Die Betriebsgenehmigung des Flughafens Köln/Bonn sieht einen uneingeschränkten Nachtflugverkehr vor. Daran ist im Interesse der Wirtschaft festzuhalten. Der Einsatz lärmarmen Flugzeuge sollte im Sinne des Lärmschutzes befördert werden – die bestehende lärmabhängige Gebührenordnung leistet hierbei bereits einen wichtigen Beitrag.

■ **Häfen sichern und ausbauen:** Der Bonner Hafen erfüllt eine wichtige Funktion als Gateway für den interkontinentalen Handel und muss deshalb in seinem Bestand gesichert werden.

■ **ÖPNV in der Region ausbauen:** Der ÖPNV in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis muss erweitert und attraktiver werden. Hierzu zählen etwa die Bonner Westbahn, verlängert bis Alfter-Witterschlick, die Bonner Seilbahn oder auch die Niederkasseler Stadtbahn. Die Tarifstrukturen, auch bei Verkehren zwischen den Verbänden im Rheinland, müssen vereinfacht und kundenfreundlicher gestaltet werden. Für Autofahrer muss der Umstieg an Mobilstationen durch geeignete Park-&-Ride-Parkplätze erleichtert werden – eine interkommunale Aufgabe. Dazu gehören auch digitale Angebote für einen schnellen Überblick der Mobilitätsangebote.

■ **Fahrradinfrastruktur verbessern:** In der Region müssen Fahrradwege ausgebaut und ertüchtigt werden. Mit Blick auf die langfristig überlastete Infrastruktur ist das Fahrrad eine wichtige Ergänzung, ohne die eine Verkehrswende nicht gelingen kann. Der Radverkehr kann eine wichtige Entlastung auf kurzen und mittleren Strecken leisten. Ebenso sollte der Radverkehr durch Schaffung geeigneter und sicherer Abstellanlagen im Umland besser an den ÖPNV angebunden werden.

Das leistet die IHK

■ Die IHK setzt sich sowohl innerhalb der planerischen Beteiligung als Trägerin öffentlicher Belange als auch durch ihre Gremienarbeit, insbesondere im Verkehrsausschuss, sowie durch Einzelgespräche mit Vertretern aus Verwaltung und Politik für eine gute Verkehrsinfrastruktur ein. Dabei stehen vor allem die anstehenden Sanierungen in der Region im Mittelpunkt.

Die IHK befragt zudem ihre Mitgliedsunternehmen regelmäßig zur Verkehrssituation sowie den Anforderungen und bringt sich in Diskussionen konstruktiv mit Ideen und Lösungsvorschlägen ein.

### 3. Gewerbeflächen und Ansiedlungen

Wie es ist

■ **Die Region Bonn/Rhein-Sieg ist eine Wachstumsregion mit entsprechendem Bedarf an Gewerbe- und Industrieflächen:** Diese werden vor allem benötigt, um bereits ansässige Unternehmen bei Standortverlagerungen in der Kommune oder zumindest in der Region zu halten. Besonders für die enge und Nutzungsgemischte Stadt Bonn wird es immer schwieriger, geeignete Wirtschaftsflächen zu schaffen oder in ihrer Nutzung festzuschreiben. Hier stellt die Flächenkonkurrenz zwischen den Nutzungsarten Wohnen und Gewerbe eine besondere Herausforderung dar. Gegenwärtig stehen nur noch geringe Flächenreserven zur Verfügung: in der Stadt Bonn rund 29 Hektar, im Rhein-Sieg-Kreis 302 Hektar. Die Reichweite dieser Flächenreserven beträgt nur noch wenige Jahre und droht zum Hemmnis für die gewerbliche Wirtschaft in der Region zu werden.

■ **Keine Kommune kann die Problematik der Gewerbeflächenverfügbarkeit alleine lösen:** Es scheitert entweder an der Flächenverfügbarkeit oder an dem durch die Bezirksregierung kommunal zugesprochenen Bedarf. Die Lösung hierfür stellt das gemeinsame Fachgutachten Gewerbe- und Industrieflächen für Bonn und den Rhein-Sieg-Kreis dar: Hier wurden im gesamten IHK-Bezirk Potenzialflächen identifiziert, die auch interkommunal entwickelt werden können. Die Region kann mit diesem Hilfsmittel das Flächenproblem angehen sowie die Wirtschaftskraft erhalten und weiter stärken. Die Untersuchungsergebnisse sind in den neu aufzustellenden Regionalplan eingeflossen und teils planerisch festgehalten worden, um zukünftig entwickelt werden zu können.

■ **Agglomerationskonzept als regionale Blaupause:** Das Agglomerationskonzept ist ein für die Region Köln/Bonn entwickeltes Strukturkonzept für den Zeitraum 2040+ und stellte unter anderem einen integrierten Fachbeitrag für den neu aufzustellenden Regionalplan Köln dar. Die Wirtschaft hat sich im Erarbeitungsprozess für eine Übernahme der Ergebnisse des vorliegenden Gewerbeflächenkonzeptes eingesetzt und sich für geringe Ausweisungs- und Entwicklungsrestriktionen stark gemacht, sodass auch neue Gebiete ohne einen bimodalen Verkehrsanschluss entwickelt werden können. Das Konzept wird aktuell in das umsetzungsorientierte Agglomerationsprogramm überführt.

■ **Starke Nachfrage nach Büroflächen:** Der Bedarf nach Büroflächen in der Region stieg in der jüngeren Vergangenheit rasant; eine geringe Leerstandsquote –

insbesondere in Bonn – zeugt davon. Die Bauaktivität ist aufgrund der gestiegenen Bau- und Zinskosten zurückgegangen. Die Nutzung von mobilem Arbeiten/Homeoffice führt nicht zu einer geringeren Nachfrage nach Büroraum. Bestehender Raum wird oftmals zu „New Work“-Modellen umfunktioniert.

Was noch zu tun ist

■ **Bebauungspläne aktualisieren:** Die Bebauungspläne sind oft veraltet. Das verhindert Ansiedlungen und Erweiterungen von Unternehmen und entspricht oftmals nicht mehr modernen Anforderungen. Bebauungspläne sollten daher aktuell gehalten werden, sodass auch Betriebserweiterungen und Neuansiedlungen zügig umgesetzt und Genehmigungsverfahren verkürzt werden können. Hierzu sollten ausreichende personelle Kapazitäten bereitgehalten oder auf externe Planungsbüros zurückgegriffen werden. Eine Digitalisierung des gesamten Vorgangs und der ämterübergreifenden Zusammenarbeit könnte weitere Effizienzreserven heben.

■ **Ausreichende Flächenreserven vorhalten:** Der neue Regionalplan wird viele neue Gewerbegebiete ausweisen. Diese müssen zeitnah in die kommunale Bauleitplanung überführt werden, sodass die Gewerbegebiete auch für Unternehmen zur Verfügung stehen. Die neuen Gewerbegebiete sollten dabei mit so geringen Restriktionen wie möglich belastet sein, sodass sich ein breites Spektrum an Unternehmen unterschiedlicher Branchen dort niederlassen kann. Die Erkenntnisse aus dem NEILA-Prozess sollten hier mit einfließen. Es darf nicht sein, dass Kommunen keine Gewerbeflächen mehr ohne ÖPNV-Anschluss ausweisen dürfen. Diese ist zwar wünschenswert, darf aber keine „conditio sine qua non“ darstellen.

■ **Gewerbeflächen gemeinsam bereitstellen:** In vielen Kommunen können sich Unternehmen nicht mehr erweitern. Der Flächenbedarf kann zum Teil nur interkommunal gedeckt werden. Es gibt noch zu wenig Zusammenarbeit der Kommunen untereinander. Bonn und die Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis sollten noch stärker als bisher interkommunale Gewerbegebiete entwickeln. Dazu ist es wichtig, ein Modell zu vereinbaren, bei dem sich die beteiligten Kommunen die Erschließungskosten teilen – aber auch die Steuereinnahmen. Erfolge, wie die Zusammenarbeit zwischen Alfter und Bornheim, sollten auf die gesamte Region übertragen werden.

■ **Anbindung der Arbeitsplätze verbessern:** Viele Gewerbegebiete sind nur unzureichend an das ÖPNV-/SPNV-Netz angeschlossen. Für viele Menschen stellt daher das Auto die einzige Möglichkeit dar, den Arbeitsplatz zu erreichen. Ziel muss es also zum einen sein, andere Möglichkeiten für den Arbeitsweg, wie etwa On-Demand-Verkehre, anzubieten, zum anderen, das Leitbild der „räumlichen Nähe von Wohnen und Arbeiten“ verstärkt wieder in die Planung aufzunehmen.

■ **Mischquartiere flexibel planen:** Gemischte Büro- und Wohnquartiere sind heutzutage State of the Art. Vor dem Hintergrund, dass auch Bürogebäude möglichst flexibel weitergenutzt werden können, sollte sowohl in der Planung als auch in der baulichen Umsetzung hinreichende Flexibilität in der Nutzung vorgesehen werden.

Das leistet die IHK

- Die IHK Bonn/Rhein-Sieg nimmt als Trägerin öffentlicher Belange im Rahmen von deren Beteiligung gemäß Baugesetzbuch Stellung zu allen Planvorhaben auf kommunaler Ebene. Sie setzt sich so für eine ausgeglichene Flächenverfügbarkeit ein und sorgt dafür, dass der Bestand an Wirtschaftsflächen in Umfang und Nutzung gesichert wird.
- Die IHK wirkt zudem in den regionalen Gremien mit, die die Flächenplanungen für den Zeithorizont 2040+ verfolgen. Hierdurch soll ein ausreichendes Flächenpotenzial für die nächsten Jahre geschaffen werden, sodass Wirtschaftswachstum, Expansion und Neuansiedlungen ermöglicht werden.
- Die IHK setzt sich für eine interkommunale Kooperation bei Flächenentwicklungen ein, da die Herausforderungen der Region nur aus der Region selbst heraus gelöst werden können.

## 4. Industrie

Wie es ist

### ■ **Bedeutung der Industrie für die Gesamtwirtschaft – Herausforderungen durch Deindustrialisierung**

Die Industrie bleibt trotz des Strukturwandels und der zunehmenden Dominanz des Dienstleistungssektors ein zentraler Wirtschaftsfaktor in der Region Bonn/Rhein-Sieg. Sie bildet die Grundlage für viele Arbeitsplätze in Dienstleistung und Logistik und ist eng mit diesen vernetzt. Doch die beginnende Deindustrialisierung, geprägt durch den Rückgang von Produktionsstandorten und angefacht durch hohen Wettbewerbsdruck, zunehmende Bürokratisierung, international vergleichsweise hohe Energiepreise und Fachkräftemangel, stellt eine ernsthafte Herausforderung dar. Der Verlust industrieller Arbeitsplätze hat weitreichende Folgen für Zulieferer und Dienstleister, was die wirtschaftliche Stabilität der gesamten Region gefährdet. Um dem entgegenzuwirken, braucht es gezielte Maßnahmen, wie Investitionen in Infrastruktur, Innovationsförderung und Fachkräftesicherung, um die industrielle Basis und damit die wirtschaftliche Zukunft zu sichern. Lokale Klimaziele, die über die Zielsteuerung der Bundesregierung oder der Europäischen Union hinausgehen, wirken sich negativ auf die Attraktivität des Standorts aus.

- **Die Industrie steht am Anfang der Wertschöpfungskette:** Sollte sie wegbrechen, sind auch die nachfolgenden Wertschöpfungsstufen betroffen. Gerade die wechselseitige Nachfrage und Auftragsvergabe von Industrie, Logistik, Handel und

unternehmensnahen Dienstleistungen sichert den Bestand der Wirtschaft insgesamt. Die Industrie ist bedeutender Arbeitgeber und wichtiger Auftraggeber. Allerdings wird der gute Ruf, den die deutsche Industrie in aller Welt genießt, in der Heimat oft nicht gehört. Zunehmend werden nötige Investitionen aufgrund der oben skizzierten Probleme im Ausland und nicht im Inland durchgeführt.

■ **Industrie leidet immer noch an Akzeptanzproblemen:** Noch immer wird die Industrie in weiten Teilen der Bevölkerung mit Lärm, Gerüchen, großem Energie- und Ressourcenverbrauch sowie zusätzlichem Verkehr gleichgesetzt. Dabei haben viele Industrieunternehmen bereits den Verbrauch von Energie, Wasser und Rohstoffen in ihrer Produktion und ihren Produkten erheblich gesenkt, ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß deutlich reduziert und dies auch durch Umwelt- und Nachhaltigkeitsberichte dokumentiert. Ebenso engagieren sich etliche Unternehmen bei regionalen Energieeffizienz- und Umweltschutzinitiativen. Es ist ihnen bewusst, dass nur ein sorgsamer Umgang mit den Ressourcen eine lebenswerte Umwelt für uns und unsere Kinder erhält. Beispielsweise tragen regionale Industriebetriebe mit innovativen Lösungen dazu bei, aktuelle Umweltprobleme zu bewältigen, auch produzierten sie wichtige Schutzkleidung oder Luftfilter während der Corona-Pandemie.

■ **Industrie steht für Innovation und Internationalität:** Viele Patente, die jährlich von Unternehmen der Region Bonn/Rhein-Sieg angemeldet werden, beweisen die Innovationskraft der Industrie. Die Industrie ist Fortschrittmotor und Impulsgeberin, die fortlaufend neue Ideen entwickelt und dafür sorgt, dass unser Leben tagtäglich ein bisschen besser wird. Ebenso steht die Industrie für ausgefeilte Technik und hohes Know-how. Die oftmals familiengeführten Unternehmen sind in der Region zu Hause, aber gleichzeitig weltweit unterwegs. Viele sind Weltmarktführer und Hidden Champions, deren Produkte sehr stark nachgefragt werden.

Was noch zu tun ist

■ **Gewinnung von Auszubildenden/Fachkräften für gewerbliche Berufe unterstützen:** Viele Industrieunternehmen leiden enorm unter dem Fachkräftemangel in den gewerblichen Berufen. Formate wie Ausbildungsmessen oder Kampagnen wie „#könnenlernen“ oder auch „Jump-in“ tragen zur Gewinnung von Auszubildenden und damit zu einer Verbesserung der Situation bei. Dennoch sind die Azubi-Zahlen in vielen Branchen weiter rückläufig. Bestehende und neue Formate zur Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen, wie Auszubildenden-Börsen, sollten erdacht, fortgeführt und ausgebaut werden, um Schülerinnen und Schülern in Kontakt mit Industriebetrieben zu bringen.

■ **Industriegebiete für die Expansion der Unternehmen sichern und Besonderheiten der Industrie berücksichtigen:** Um stetig weiter zu wachsen, sind Unternehmen regelmäßig darauf angewiesen, ihre Betriebsfläche am Standort zu vergrößern. Hier bestehen häufig Restriktionen durch fehlende Flächen oder aber Wohnbebauung, die im Laufe der Zeit an die Gewerbe- und Industriegebiete

herangerückt ist. Wünschenswert wäre eine stärkere Sensibilisierung der kommunalen Planungsämter für die Besonderheiten von Industriebetrieben und ein regelmäßiger Austausch mit den ansässigen Industriebetrieben.

■ **Genehmigungsverfahren und Umgang mit Industrie praxisorientierter gestalten:** Viele Unternehmen klagen über die langen Planungs- und Prozessabläufe bei Genehmigungsverfahren, teils warten sie mehrere Jahre auf eine entsprechende Bau- oder Betriebsgenehmigung. Die Verfahren sollten wirtschaftsfreundlicher gestaltet und vor allem beschleunigt werden. Zudem sollten Behörden in der Zusammenarbeit mit der Industrie auf einen praxisorientierten Ansatz setzen, damit etwa regulatorische Anforderungen möglichst effizient durch die Betriebe erfüllt werden können.

■ **Infrastruktur insbesondere mit Blick auf die Industrie verbessern:** Gerade Industriebetriebe sind auf eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur und schnelle Breitbandinfrastruktur angewiesen. Hier gilt es im Hinblick auf störungsfreie Logistikprozesse, die an vielen Stellen marode Straßeninfrastruktur zu ertüchtigen und eine Breitbandinfrastruktur zu schaffen, die den zunehmenden Anforderungen durch die Digitalisierung gerecht wird.

■ **Akzeptanz für Industrie erhöhen und Industrie halten:** Gerade Erweiterungspläne von Industrieunternehmen stoßen bei Anwohnern aus unterschiedlichen Gründen häufig auf Ablehnung. Hier sind Bürgermeister und Wirtschaftsförderungen aufgerufen, sich gemeinsam mit der IHK für die Pläne der Unternehmen einzusetzen, statt diese aus taktischen Gründen abzulehnen. Zudem sollte die Politik die Industrie stärken, indem sie um Unternehmensnachfolgen wirbt, um die industrielle Basis und Arbeitsplätze in der Region langfristig zu erhalten.

Das leistet die IHK

■ Die Initiative „In|du|strie – Gemeinsam. Zukunft. Leben.“ der IHK Bonn/Rhein-Sieg und ihrer Partner vereint regionale Industrieunternehmen und Stakeholder, um ein modernes Bild der Industrie zu vermitteln und deren Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft hervorzuheben. Die „Kunststoff-Initiative“ verfolgt das Ziel, durch Fakten über den Werkstoff Kunststoff die Öffentlichkeit zu informieren und gleichzeitig die Bedeutung der Kunststoff-Branche in der Region Bonn/Rhein-Sieg bekannter zu machen. Zusammen mit beiden Initiativen, die von der IHK ins Leben gerufen wurden, arbeitet die IHK gemeinsam mit den Stakeholdern an einer Stärkung der gewerblichen Unternehmen der Region.

■ Mit „Jump-in“ wurde ein Format geschaffen, das Schülerinnen und Schüler praxisnahe Einblicke in verschiedene Berufe ermöglicht, indem es ihnen erlaubt, Unternehmen direkt zu besuchen und deren Arbeitsalltag kennenzulernen. Dies fördert den Austausch zwischen jungen Menschen und Betrieben, unterstützt die Berufsorientierung und hilft Unternehmen dabei, potenzielle zukünftige Fachkräfte zu gewinnen.

- Um Erweiterungspläne erfolgreich umsetzen zu können, ist von Seiten der Unternehmen eine frühzeitige und transparente Kommunikation gegenüber der Kommune, aber auch gegenüber den Anwohnern notwendig. Hier nimmt die IHK Bonn/Rhein-Sieg auf Wunsch eine vermittelnde und moderierende Funktion ein.
- Im Rahmen ihres Veranstaltungsangebots bietet die IHK zudem ein Forum für die Belange und Themen, die speziell Industrieunternehmen berühren. Außerdem informiert die IHK die Verwaltung und Politik in Veröffentlichungen über die Lage der Industrie und die Erwartungen der Industrie an die Politik.

## 5. Digitalisierung

Wie es ist

- **Starker IT-Standort Bonn/Rhein-Sieg:** In der Region Bonn/Rhein-Sieg sind insgesamt 4.370 ITK-Unternehmen ansässig. Die ITK-Branche hat in der Region einen Anteil von rund acht Prozent an allen rund 56.000 IHK-Mitgliedsunternehmen. Für den IHK-Bezirk beläuft sich die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der ITK-Branche auf insgesamt gut 25.000. Dies entspricht einem Anteil von etwa sieben Prozent an sämtlichen rund 366.400 regional sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Stand März 2024); somit trägt der Sektor erheblich zur Beschäftigung in der Region bei. Darüber hinaus ist Bonn ein bedeutender nationaler und internationaler Standort für Cybersicherheit. Der zukünftige Ausbau der Branche ist auch ein Ziel der geplanten Zusatzvereinbarung zum Bonn-Berlin-Gesetz.
- **Vielfältige Unternehmensstrukturen:** Unter den in Bonn/Rhein-Sieg ansässigen IT-Unternehmen befinden sich einige „Big Player“. Zusätzlich zu diesen Konzernen hat in der Region eine Reihe kleinerer und größerer Mittelständler der IT-Branche ihren Sitz, die in ihrem jeweiligen Segment zu den Marktführern in Deutschland zählen. Sie versorgen die Verbraucher und Unternehmen bundesweit mit Softwareprodukten und Dienstleistungen. Eine lebendige und durch verschiedene Institutionen geförderte Start-up-Szene sowie aktive Accelerator-Angebote tragen dazu bei, dass innovative Betriebe entstehen.
- **Thematische Netzwerke:** Der Digital Hub Region Bonn und das Cyber Security Cluster Bonn verfolgen das Ziel, die Bonner Region als führendes Ökosystem in den Bereichen Digitalisierung und Cybersicherheit zu erhalten und auszubauen. Der Digital Hub Region Bonn bietet eine Vielfalt an Veranstaltungen für Gründer an und ist eine Entwicklungs- und Begegnungsstätte für Start-ups, Unternehmen, Wissenschaft und Forschung. Das Cyber Security Cluster Bonn kümmert sich um die Vertiefung und Anwendung des Wissens zu Cybersicherheit sowie die Koordinierung der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften. Zusätzlich unterstützt beispielsweise das

Kompetenzzentrum für Cybersicherheit in der Wirtschaft Digital.Sicher.NRW kleine und mittlere Unternehmen bei der digitalen Selbstverteidigung.

■ Wissenschaft und Forschung stark vertreten: Führende wissenschaftliche Institutionen, wie die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg und die Fraunhofer-Gesellschaft mit ihren Instituten, setzen wichtige Impulse für aktuelle IT-Trendthemen, wie Künstliche Intelligenz (KI) und Cybersicherheit. Darüber hinaus hat das Land NRW die Finanzierung des Cyber Campus NRW (CCNRW) verlängert. Der CCNRW ist ein Zusammenschluss der Hochschulen Bonn-Rhein-Sieg und Niederrhein. Am Campus Sankt Augustin werden der Bachelor- und der Masterstudiengang Cyber Security & Privacy angeboten, in die mehr als 300 Studierende eingeschrieben sind. Der Studiengang Digitale Forensik (Bachelor) wird von beiden Hochschulen gemeinsam durchgeführt. Hinzu kommen viele neu geschaffene Lehrangebote und deren Ausbau sowie zahlreiche Spezialisierungsmöglichkeiten im Bereich Informatik.

Was noch zu tun ist

■ Smart-City-Ausbau vorantreiben: Im „Smart City Index 2024“ des Bitkom e. V. belegt Bonn im nationalen Städtevergleich Platz 31 und weist insbesondere in den Bereichen Verwaltung, Energie/Umwelt sowie Gesellschaft/Bildung Verbesserungspotenzial auf. Allen voran sollte der Aufwand zur Nutzung von Verwaltungsdienstleistungen durch die Wirtschaft weiter reduziert und die Digitalisierung der Angebote auf Basis der Anforderungen des E-Governments und Onlinezugangsgesetzes (OZG) konsequent mithilfe des Chief Digital Officers (CDO) der Stadt Bonn umgesetzt werden.

■ Institutionen erhalten und fördern: Das vorhandene institutionelle Umfeld (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Bundesnetzagentur, Bundesdatenschutzbeauftragter etc.) muss erhalten und für die ITK-Branche aufgrund der regionalen Stärke und der Bedeutung der Dienstleistung für die Wirtschaftsstruktur der Region weiter ausgebaut werden. Aus Förderinitiativen entstandene Kompetenzzentren müssen nach Auslauf der Förderung, auch durch Einsatz öffentlicher Mittel, erhalten werden. Die Region sollte sich beispielsweise mithilfe der Wirtschaftsförderung darum bemühen, weitere für die ITK-Branche wichtige Institutionen anzusiedeln sowie Synergien zu schaffen, die einen Ausbau vorhandener Institutionen begünstigen.

■ Veranstaltungsformate und Zusammenarbeit ausbauen: Ebenso wichtig ist es, die Vernetzung und den Austausch über Digitalisierungstrends mit vorhandenen Institutionen durch Veranstaltungen und über digitale Plattformen voranzutreiben. Eine Zusammenarbeit der Kommunen untereinander sowie mit der Branche und die regelmäßige Einbeziehung der Wirtschaft bei kommunalpolitischen ITK-Themen ist für einen starken ITK-Standort elementar. Die Stärkung der interkommunalen Kooperation sowie der Zusammenarbeit mit den rheinischen Metropolen Köln und Düsseldorf (Rheinschiene) in Digitalisierungsfragen muss forciert, die Geschwindigkeit in öffentlichen Projekten erhöht werden. Neben den institutionellen Netzwerken müssen

auch Initiativen und Netzwerke der Privatwirtschaft gestärkt und die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Kreis und diesen Netzwerken gefördert werden. Mit der regionalen und lokalen Politik muss darüber gesprochen werden, wie IT-Themen ganz grundsätzlich stärker berücksichtigt werden können.

■ Umgang mit Cybersicherheit und KI: Um die IT-Region weiterzuentwickeln und gleichzeitig die gesetzlichen Vorschriften einzuhalten, ist für die Unternehmen eine rechtliche und technische Hilfestellung durch die verschiedenen regionalen ITK-Netzwerke mit Blick auf EU-Richtlinien zu Cybersicherheit (NIS-2) und KI (AI Act) sinnvoll. Hierfür können beispielsweise der Leitfaden des Bitkom e. V. und die Positionierung der DIHK zur nationalen Umsetzung als Informationsquelle genutzt werden. Um Wettbewerbsnachteile durch eine restriktive Auslegung der KI-Verordnung zu verhindern, spricht die IHK sich für eine verbindliche und einheitliche Anwendung und Umsetzung auf EU-Ebene, für eine Entbürokratisierung etwa in Form einer Reduzierung der Nachweispflichten und für die Bundesnetzagentur als zentrale KI-Marktüberwachungsbehörde aus. Die Stärkung der Digitalkompetenz der Gesellschaft insgesamt gehört ebenfalls zu den wichtigsten Herausforderungen der Region Bonn/Rhein-Sieg.

Das leistet die IHK

- Die IHK unterstützt seit einigen Jahren den Aufbau und die Fortführung von Projekten, wie dem Digital Hub Region Bonn und dem Cyber Security Cluster Bonn. Dadurch sollen die Start-up-Szene, die themenorientierte Standortförderung und das externe Profil des IT-Standortes gestärkt werden.
- In Kooperationen mit IT-Verbänden, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, regionalen und überregionalen Unternehmen und anderen Partnern bietet die IHK der Wirtschaft Know-how im Bereich Digitalisierung in den unterschiedlichsten Formaten an.

## 6. Breitband

Wie es ist

■ Eigenwirtschaftlicher Glasfaserausbau: Für die kreisfreie Stadt Bonn wird im Gigabitatlas des Bundes eine Glasfaserquote von 12,8 Prozent für Direktanschlüsse am Gebäude (Fiber to the Home/Fiber to the Building (FTTH/FTTB)) angegeben. Die Anschlussqualitäten der übrigen Breitbandanbindungen über andere Technologien wird bei einer Anschlussgeschwindigkeit größer 1.000 Mbit/s mit 93,6 Prozent, bei über 100 Mbit/s mit 98,3 Prozent und bei mehr als 30 Mbit/s sogar mit 98,7 Prozent angegeben. Für den Rhein-Sieg-Kreis wird im Breitbandatlas des Bundes eine Glasfaserquote für Direktanschlüsse an Gebäuden von 24,7 Prozent angegeben. Dafür sind die Anschlussqualitäten der übrigen Breitbandanbindungen über andere Technologien geringer. Für Anschlüsse mit einer Anschlussgeschwindigkeit größer 1.000 Mbit/s liegt

die Quote lediglich bei 63,1 Prozent; bei über 100 Mbit/s sind es 94,7 Prozent, bei über 30 Mbit/s 97,5 Prozent. Kreis und Stadt bleiben insgesamt hinter der bundesweiten FTTH-/FFTB-Glasfaseranschlussquote von durchschnittlich 35,6 Prozent zurück. Für den Glasfaserausbau in Bonn hat die Stadt Anfang 2023 eine Vereinbarung mit der Westconnect GmbH getroffen. Die Westconnect GmbH beabsichtigt demnach, größere Teile des Stadtgebiets eigenwirtschaftlich mit Glasfaser zu versorgen. Mit dem Vorhaben sollen laut Stadt rund 30.000 Adresspunkte mit insgesamt rund 106.000 Haushalten und Gewerbeeinheiten bis Ende 2025 mit einer schnellen Glasfaseranbindung von mindestens einem Gigabit erschlossen werden. Das entspricht etwa 60 Prozent aller Bonner Haushalte und Gewerbeeinheiten.

■ Fokus auf die letzte Meile: Herausforderung für die Breitbandverfügbarkeit in Unternehmen bleibt die sogenannte „letzte Meile“, da selbst durch Vectoring (Zusammenschaltung von Kupferleitungen zur Erhöhung der Übertragungsrate) physikalische Grenzen gesetzt sind. Die erreichbare Geschwindigkeit und die häufige Aufteilung der Kapazitäten zwischen mehreren Anschlussinhabern führen dazu, dass Unternehmen datenintensive Anwendungen nicht in Anspruch nehmen können. Ohne einen breitbandigen Anschluss werden Unternehmen diese Datenmengen für unterschiedliche Anwendungen, zum Beispiel im Bereich der 3D-Visualisierung, Videobearbeitung oder Künstlichen Intelligenz, nicht oder nur sehr zeitintensiv übertragen können.

■ Breitband als wichtigster Standortfaktor: Schon die Standortumfrage der IHK Bonn/Rhein-Sieg aus dem Jahr 2022 zeigte deutlich, dass die Breitband- und Mobilfunkversorgung den Spitzenplatz bezüglich der Relevanz der verschiedenen Standortfaktoren einnimmt. Mit diesem wichtigen Faktor sind die Betriebe jedoch nicht zufrieden. Lediglich die Note 3,4 gab es von den Firmen für die Breitband- und Mobilfunkausstattung, wobei hier die Stadt Bonn etwas besser abschnitt als der Rhein-Sieg-Kreis. Daher müssen sich Kreis und Stadt trotz des öffentlich geförderten Ausbaus („Weiße-und-graue-Flecken-Programm“) die Frage stellen lassen, wie sie mögliche Standortverlagerungen aufgrund mangelnder Internetanbindung verhindern wollen.

■ Weiße und graue Flecken bei der Mobilfunkabdeckung: Im Bereich der mobilen Internettechnologien, wie 4G (LTE) und 5G, stellt sich die Situation in Bonn wie folgt dar: Die LTE-Abdeckung (4G) wird im Dashboard Mobilfunk.NRW mit einer Quote von 100 Prozent (netzübergreifend), also quasi einer Vollversorgung, angegeben. Bei der 5G-Versorgung hat Bonn netzübergreifend einen Abdeckungsgrad von 98,9 Prozent. Es existieren keine weißen Flecken (Flächen, die weder mit 4G noch 5G versorgt sind). Dafür gibt es 5,3 Prozent graue Flecken. Graue Flecken sind von mindestens einem, aber nicht von allen Netzbetreibern mit 4G oder 5G versorgte Flächen. Im Rhein-Sieg-Kreis ist die Ausbausituation aufgrund von Topografie und Besiedelung in einzelnen Kommunen und Ortsgemeinden herausfordernder. Es gibt laut Dashboard Mobilfunk.NRW sogar noch 1,2 Prozent weiße Flecken, das heißt völlig unversorgte Gebiete. Für den gesamten Rhein-Sieg-Kreis wird ein LTE-Abdeckungsgrad von 98,4 Prozent (netzübergreifend) verzeichnet. Im Bereich der 5G-Technologie wird eine

Quote von 94,8 Prozent angegeben. Damit liegen der Kreis und die kreisfreie Stadt Bonn oberhalb des Landesdurchschnitts von 94,2 Prozent. Im Bereich der grauen Flecken steht der Kreis mit 13,6 Prozent schlechter da als das Land, das im Durchschnitt 11,7 Prozent graue Flecken aufweist.

Was noch zu tun ist

- Herausforderungen der Zukunft frühzeitig erkennen und einbeziehen: Durch Technologien, wie Künstliche Intelligenz (KI), Data Analytics/Big Data oder 5G-Anwendungen, wie dem vollautomatisierten Verkehr, werden der erforderliche Datendurchsatz der Netze und der Bedarf nach zukunftsorientierten Anbindungen stetig steigen. Herausforderungen für die Verfügbarkeit sollten frühzeitig erkannt und in die Planungen der Netze einbezogen werden. Ein Ausbau der Netze sollte dabei immer auf maßgebliche und skalierbare Technologien, zum Beispiel Glasfaser, setzen. Dies muss in den Förderprogrammen von Bund und Land berücksichtigt werden.
- Netzabdeckung in der Region erhöhen: Um die Attraktivität des Standortes auch im ländlichen Raum zu erhöhen, bedarf es heute einer flächendeckenden Netzabdeckung. Hier ist durch die Kommunen in Zusammenarbeit mit den Telekommunikationsanbietern eine Netzabdeckung zumindest mit LTE-Standard im gesamten IHK-Bezirk, speziell im zersiedelten rechtsrheinischen Raum, anzustreben, um die Abwanderung von Unternehmen zu verhindern und für Bürger und Wirtschaft den Zugang auch zu digitalen Angeboten der Kommunen zu ermöglichen. Ferner sollte ein schneller Ausbau der 5G-Technologie und die Schaffung von regionalen Campusnetzwerken in Unternehmen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen unterstützt werden.
- Allgemeinwohl vor Einzelinteressen: Der Ausbau und die Pflege einer leistungs- und zukunftsfähigen Infrastruktur sollten stets im Mittelpunkt der politischen Bemühungen stehen. Hierbei sollte das Allgemeinwohl durch eine breitbandige Anbindung vor Einzelinteressen gestellt werden. Dies gilt besonders für Infrastrukturprojekte, die der Standorttreue von Unternehmen dienen. Neben der flächendeckenden Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen, vor allem in Gewerbegebieten, ist ein starkes WLAN im öffentlichen Raum notwendig. Die öffentliche Hand sollte Technologien für eine starke Senderinfrastruktur, zum Beispiel das Long Range Wide Area Network (LoRaWAN), im Blick behalten und fördern.
- Dialog und Fachkräfte fördern, neue Finanzierungsformen finden: Ein stetiger Dialog der Politik und Verwaltung mit Wirtschaft und Bevölkerung zu den aktuellen und zukünftigen Bedarfen wäre wünschenswert und notwendig. Die Breitbandbeauftragten sollten dabei die Herausforderungen durch zukünftige Technologien und die vermehrte Vernetzung im „Internet of Things“ (IOT) erkennen und in ihre kommunale Netzplanung einbeziehen. Dort, wo sich ein wirtschaftlicher Ausbau nicht lohnt oder dieser aufgrund der Topografie oder Leitungslängen schwierig ist, sollen Kommunen und Kreise alle Finanzierungsformen und Technologien nutzen. Maßnahmen zur Ausbildung von

Fachkräften im Netzausbau müssen im Sinne der zukünftigen Herausforderungen vermehrt angeboten und unterstützt werden.

Das leistet die IHK

- Die IHK Bonn/Rhein-Sieg sorgt durch ihr Mitwirken in Arbeitskreisen der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und durch ihre vielfältigen Netzwerke und Kontakte zu regionalen Ansprechpartnern, etwa den Breitbandbeauftragten, dafür, dass Bedarfe von Unternehmen ernst genommen und an die richtigen Stellen kommuniziert werden.
- Sie vermittelt Kontakte zu regionalen Ansprechpartnern der Telekommunikationsanbieter und bietet Informationen zur Breitbandanbindung und zu den Herausforderungen durch zukünftige Technologien.

## 7. Einzelhandel und Stadtentwicklung

Wie es ist

- **Vitale Innenstädte und Ortszentren sind ein wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor:** Sie sind zentraler Wirtschaftsplatz und Visitenkarte für die gesamte Kommune. Attraktive, nutzungsgemischte Innenstädte zeichnen sich durch Angebote von Handel, Gastronomie und Handwerk sowie private und öffentliche Dienstleistungen aus. Der Handel nimmt eine herausgehobene Stellung unter den Stadtfunktionen ein, da rund zwei Drittel aller Innenstadtbesucher zum Einkaufen in die Zentren strömen.
- **Der Einzelhandel in der Region hat lange von den guten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen profitiert:** Arbeitsplatz- und Bevölkerungswachstum garantierten ein hohes Kaufkraftniveau und überdurchschnittliche Umsätze im Einzelhandel. So konnte der Umsatz in der Region Bonn/Rhein-Sieg in den Jahren vor der Coronakrise jährlich um etwa 2,5 Prozent gesteigert werden. Hier haben vor allem Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis zugelegt, die größere integrierte Projekte entwickelt haben. Hierdurch wurde der Kaufkraftabfluss in die umliegenden Kommunen verringert. Das regionale Flächenwachstum folgt dem bundesweiten Trend: So wachsen die derzeit 1,43 Millionen Quadratmeter Verkaufsfläche in Bonn/Rhein-Sieg nur gering um etwa 0,5 Prozent pro Jahr.
- **Erschwerte Rahmenbedingungen:** Nach einer langen Wachstumsphase mit geringem Leerstand hat sich die Situation in den vergangenen Jahren gewandelt. Bedingt durch ein sich änderndes Konsumentenverhalten und eine inflationsbedingte Kaufzurückhaltung in den letzten Jahren mussten einige Händler in den Innenstädten aufhören. Neben inhabergeführten Geschäften waren hiervon auch größere Ketten betroffen, was zu Leerstand und einer verringerten Attraktivität führt. Zudem setzt der weiterhin stark wachsende Onlinehandel den stationären Handel unter Druck und

Zugzwang. Gleichzeitig führen Maßnahmen der Verkehrswende vereinzelt zu Verunsicherung in der Händlerschaft. Die Erreichbarkeit ist weiterhin sichergestellt, jedoch oft erschwert. Fahrstrecken verlängern sich, Engpässe führen zu mehr Stau, während andere Standorte besser zu erreichen sind: Ein klarer Standortnachteil!

■ **Bei der Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsbetriebe gelten besondere planungsrechtliche Spielregeln:** Leitbild dieser Spielregeln ist der „Sachliche Teilplan großflächiger Einzelhandel“, welcher den Konflikt zwischen städtebaulich integrierten Standorten und Entwicklungen „auf der grünen Wiese“ regelt. Besonderes Augenmerk gilt in diesem Zusammenhang den kommunalen Einzelhandelskonzepten, welche die Einzelhandelsentwicklung erfassen, analysieren und steuern.

Was noch zu tun ist

■ **Verkaufsoffene Sonntage und Veranstaltungen fördern:** Verkaufsoffene Sonntage können in Zusammenhang mit einer anlassgebenden Veranstaltung in einer Kommune bis zu acht Mal pro Jahr stattfinden. Dies wird durch das Ladenöffnungsgesetz NRW geregelt. In der Vergangenheit ist es jedoch oft zu rechtswirksamen Klagen durch die Gewerkschaften gekommen, sodass viele verkaufsoffene Sonntage kurzfristig abgesagt werden mussten. Die anlassgebende Veranstaltung wird oft durch die lokalen Gewerbevereine finanziert, die dann auf den Kosten sitzen bleiben. Die Kommunen sollten daher die lokalen Gewerbevereine in der Planung unterstützen und sich nach Möglichkeit auch finanziell beteiligen. Langfristig streben die Industrie- und Handelskammern eine Rechts- und Planungssicherheit in Nordrhein-Westfalen an.

■ **Einzelhandels- und Zentrenkonzepte umsetzen:** Sie sind geeignete Instrumente zur Steuerung des Einzelhandels und der Gemeindeentwicklung, da die Kommunen so den ersten Schritt von einer nachfrage- hin zu einer angebotsorientierten Planung gehen können. Dies gibt ansässigen wie zuziehenden Händlern Investitionssicherheit. Die festgelegten Entwicklungsziele werden jedoch erst durch die Umsetzung in der formellen Bauleitplanung bindend. Hier ist, auch unter dem Druck des interkommunalen Wettbewerbs, Stehvermögen von Politik und Verwaltung gefordert. Dies gilt auch gegenüber Partikularinteressen, die die Ziele der Konzepte konterkarieren würden. Die Konzepte sollten idealerweise alle fünf Jahre auf den Prüfstand gestellt werden.

■ **Unterstützung für Gewerbetreibende gewährleisten:** Zahlreiche Einzelhändler engagieren sich ehrenamtlich in Werbe- und Interessengemeinschaften und leisten einen wichtigen Beitrag zur Stadtentwicklung und Attraktivierung des Standortes. Dieses Engagement kann aber immer nur Ergänzung und nicht Ersatz für kommunale Aufgaben sein. Instrumente der Stadtentwicklung – wie beispielsweise Gestaltungssatzungen – können nur dann erfolgreich sein, wenn die Gewerbetreibenden hierfür konkreten Handlungsbedarf erkennen. Ohne das ehrenamtliche Engagement der Gewerbetreibenden sind viele Straßenfeste, Märkte und Events nicht finanzierbar und stehen vor dem Aus. Darum ist die unbürokratische und langfristige Unterstützung durch die Kommunalpolitik und -verwaltung nötig.

■ **Die Erreichbarkeit der Innenstädte und Einzelhandelszentren sichern:** Gerade in Zeiten des bequemen und immer stärker werdenden Onlinehandels ist es wichtig, dass die Menschen leicht in die Innenstädte und Einzelhandelszentren gelangen. Diese Erreichbarkeit ist in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis vielerorts gefährdet. Kunden müssen verschiedene Varianten für die Fahrt in die Einzelhandelszentren angeboten bekommen. Ein multimodales Verkehrssystem sollte das Ziel sein. Auch das Auto darf dazugehören und sollte nicht aus der Innenstadt ferngehalten werden. So sorgen Pkw-Kunden in der Bonner Innenstadt beispielsweise für 60 Prozent des Umsatzes.

■ **Aufenthaltsqualität erhöhen:** Beim Besuch der Innenstadt legen Besucher neben dem Nutzungsangebot großen Wert auf weitere Standortfaktoren, wie Sicherheit und Sauberkeit, Erholungsflächen und Stadtgrün, sowie Sitzgelegenheiten und Spielflächen. Die Beeinflussung dieser Faktoren liegt in kommunaler Hand und hilft, die Aufenthaltsqualität der Innenstädte zu erhöhen. Hierbei darf es nicht nur bei Konzepten und Planungen bleiben: Eine zeitnahe Umsetzung ist Pflicht.

■ **Neue Formen des Handels ermöglichen:** Der stationäre Einzelhandel steht durch vielfältige Herausforderungen unter Druck, zunehmende Leerstände in den Innenstädten sind die Folge. Neue Formen des Handels reagieren auf diese Herausforderungen und geänderte Kundenansprüche, indem zum Beispiel durch automatisierte Prozesse eine Öffnung rund um die Uhr ohne Personal ermöglicht wird. Kommunen sollten auf diese Transformationen reagieren und neue, innovative Vertriebskonzepte ermöglichen, um die Chancen zu nutzen und nicht den Anschluss an neue Entwicklungen zu verlieren.

Das leistet die IHK

■ Die IHK Bonn/Rhein-Sieg nimmt insbesondere über ihre Fachgremien Einfluss auf die politischen Entscheidungen, die den Einzelhandel betreffen. Hierzu steht sie im engen Austausch mit den einzelnen Verbänden und lokalen Gewerbevereinen. Sie bündelt die Meinungen und verleiht der Wirtschaft eine starke Stimme gegenüber Politik und Verwaltung.

■ Die IHK ist als Trägerin öffentlicher Belange außerdem in die Genehmigungsprozesse für großflächigen Einzelhandel eingebunden und hat dadurch zusätzlich die Möglichkeit, die Interessen des Einzelhandels zu vertreten. Dies leistet sie beispielsweise über Stellungnahmen, Gespräche vor Ort und in gemeinsamen Runden mit der Bezirksregierung.

## 8. Fachkräfte, Arbeitsmarkt und Bildung

### Wie es ist

- Ausbildungsmarkt ist Bewerbermarkt: Die duale Ausbildung versorgt die Wirtschaft mit den dringend benötigten Fachkräften für morgen. Auf 100 freie Stellen kommen etwa 65 Bewerber. Mehr als ein Fünftel aller Bewerber haben eine ausländische Staatsangehörigkeit. Die Region Bonn/Rhein-Sieg braucht den Zuzug von Arbeitskräften. Hierfür fehlt es jedoch an passendem Wohnraum.
- Fachkräftemangel verschärft sich in vielen Branchen: Der herrschende Bewerbermangel in vielen Bereichen der beruflichen Bildung und der Mangel an qualifizierten Fach- und Arbeitskräften belastet immer mehr Unternehmen. Die politischen Rahmenbedingungen, zum Beispiel in der energieintensiven Industrie oder der Automobilindustrie, gefährden Unternehmen und machen Branchen für Bewerber unattraktiv.
- Ausbildungs- und Studienorientierung ist zu einseitig: Der Dienstleistungsschwerpunkt und die hohe Akademiker- und Beamtenquote in der Region machen sich auch in einer zu einseitigen Berufs- und Studienorientierung der heranwachsenden Generation bemerkbar.
- Kooperation bei den Themen Inklusion und ausländische Arbeitskräfte funktioniert: Es findet ein reger Austausch zwischen den regionalen Akteuren statt. Ideen werden geteilt, Netzwerke werden gelebt und zahlreiche Veranstaltungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer durchgeführt.
- Zahl der Studienabbrecher nimmt zu: Durch die weiter anhaltende Tendenz zum Hochschulstudium nimmt auch die Zahl der Studienabbrecher weiter zu. Hier besteht für die Betriebe eine Möglichkeit, Auszubildende für eine duale Ausbildung zu gewinnen, die schon über ein erhebliches Wissen und Qualifikationen verfügen.

### Was noch zu tun ist

- Für Ausbildung werben: Die Unternehmen werden wieder stärker ausbilden, wenn die aktuelle Unsicherheit weicht und sie wieder eine klare Perspektive für die Zukunft haben. Politik, Kammern und Schul- wie auch Arbeitsverwaltung müssen alle Register ziehen, um junge Menschen zu erreichen und an die Ausbildung heranzuführen und Aus- bildungsplatzsuchende mit Ausbildungsstellen zusammenzuführen.
- Bestehende Angebote zum Übergang Schule und Beruf weiterentwickeln: Die Berufsfelderkundungen ab Klasse 8 müssen für alle Schülerinnen und Schüler ermöglicht werden. Die duale Ausbildung muss durch Kooperation mit der Arbeitsagentur und den allgemeinbildenden Schulen gestärkt und fest im Bewusstsein von Schülern und Eltern verankert werden.

- Zusammenarbeit im Netzwerk Bündnis für Fachkräfte fortsetzen und ausbauen: Hier bleiben alle Arbeitsmarktakteure aufgerufen, sich intensiv zu beteiligen. Für Unternehmerfrühstücke und Veranstaltungen muss der Bedarf der jeweiligen Branchen und Berufsfelder ermittelt werden, und die entsprechenden Formate müssen konsequent ausgebaut werden. Beispiele können hier die Gesundheitswirtschaft oder die Neuordnung der Pflegeberufe sein.
- Inklusion und Gewinnung ausländischer Arbeitskräfte bleiben wichtig für die Wirtschaft: In beiden Bereichen sollte die Zusammenarbeit fortgesetzt und – wenn möglich – verstärkt werden. Hier bestehen weiterhin Potenziale, um den Fachkräftemangel zu reduzieren.
- Auf mehr Studienabbrecher einstellen: Hier gilt es, die mustergültigen Kooperationen mit den Hochschulen und Arbeitsagenturen fortzusetzen und die Gewinnung von Studienabbrechern für Unternehmen weiter zu forcieren.

### **Das leistet die IHK**

- Der Arbeitskreis SCHULEWIRTSCHAFT Bonn/Rhein-Sieg hat das Ziel, das Übergangsmanagement von der Schule über die Ausbildung ins Erwerbsleben zu verbessern. Hierzu werden regionale Schulprojekte durchgeführt sowie Berufsfelderkundungen und Vortragsveranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer angeboten. Partner sind die Stadt Bonn, der Rhein-Sieg-Kreis und die Handwerkskammer zu Köln.
- IHK-Ausbildungsbotschafter besuchen Schulen und informieren Schüler, Betriebe stellen ihre Auszubildenden für Schulbesuche frei.
- Die IHK unterstützt die Auswahl und Betreuung junger Talente und Berufsanfänger sowie Studienwechsler für das Weiterbildungsstipendium. Darüber hinaus bietet sie Weiterbildungsberatung zu Förderangeboten für Betriebe und für Berufstätige.
- Die IHK-Organisation wirbt bundesweit mit einer Ausbildungskampagne um das Image bei Bewerbern zu verbessern.
- Die IHK vermittelt Bewerberinnen und Bewerber in den Programmen Passgenaue Besetzung und Willkommenslotsen und wirbt hier besonders für die Belange der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

## 9. Demografie und Vereinbarkeit von Familie und Beruf

### Wie es ist

- Der demografische Wandel wird unterschätzt: Die erforderliche Fachkräftesicherung geht im Alltagsgeschäft in den Unternehmen oft unter. Wenn Betriebe nicht selber ausreichend und rechtzeitig Fachkräfte ausbilden, wird die Suche auf einem gesättigten Arbeitsmarkt, zuerst für einige Berufe und später in allen Branchen, immer teurer.
- Anteil der Menschen über 80 Jahre steigt: In den kommenden Jahren wird sich der Anteil der betagten und damit auch pflegebedürftigen Menschen deutlich erhöhen. Dadurch werden mehr Pflegekräfte benötigt, und immer mehr Arbeitnehmer sehen sich mit der Herausforderung einer Vereinbarkeit von Pflege und Beruf konfrontiert.
- Vereinbarkeit von Kindern und Beruf bleibt schwierig: Viele Arbeitgeber haben hier mit flexiblen Arbeitszeiten und Homeoffice auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer reagiert. Verkürzte Öffnungszeiten in Kindertagesstätten und Kindergärten, fehlende Plätze und eingeschränkte Qualität der Betreuung bleiben aber dennoch Hindernisse. Der Personalmangel und die teilweise schwierige Raumsituation nehmen zu.
- Eine Gesamtstrategie aller beteiligten Akteure gestaltet sich schwierig: Diese scheitert an unterschiedlichen Zuständigkeiten. Die Zusammenarbeit zwischen Kreis, Kommunen und Stadt auf diesem Gebiet könnte besser sein. Die Haushalte der Kommunen können Kostensteigerungen nicht auffangen.

### Was noch zu tun ist

- Angebote familienfreundlicher Arbeitgeber bekannter machen: Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist es schwierig, eine entsprechende Arbeitgebermarke aufzubauen und gegenüber potenziellen Fachkräften zu kommunizieren. Hier sollten alle Arbeitsmarktakteure stärker unterstützen.
- Förderprogramme und Anreizsysteme über alle zuständigen Stellen hinweg ausrollen: Die gemeinsame Qualifizierungsberatung muss ausgebaut werden, auch im Sinne einer lebensbegleitenden Berufsberatung. Hier sollte die Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsförderern verstärkt werden.
- Lücken im Betreuungssystem schließen: Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf muss stärker unterstützt werden. Es müssen ausreichend Angebote geschaffen werden, so dass jeder Arbeitnehmer auch mit Kindern oder pflegebedürftigen Eltern

seinem Beruf in Vollzeit und wenn nötig auch im Schicht- dienst nachgehen kann. Daher sollten Betreuungsangebote in den Randzeiten auch in entsprechend kleinen Gruppen angeboten werden.

- Für eine Ausbildung im Erziehungs- und Pflegebereich werben: In diesen beiden Bereichen werden auch in Zukunft sehr viele Fachkräfte gebraucht. Das Image der Berufe muss aufgebessert werden, und in Schulen muss noch stärker für eine Ausbildung in diesen zukunftsträchtigen Berufsfeldern geworben werden.

- Inklusion und Qualifizierung der Beschäftigten dürfen kein „Nice-to-have“ sein, sondern ein „Must-have“: Der fortschreitende Wandel der Arbeitswelt muss zur Personalentwicklung genutzt werden. Entsprechende Förderprogramme müssen angenommen und durch Beratung in den betrieblichen Alltag, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen, integriert werden.

### **Das leistet die IHK**

- Die IHK Bonn/Rhein-Sieg unterstützt mit ihrer Fachkräfteberatung das Netzwerk «Bündnis für Fachkräfte» im Allgemeinen und das «Kompetenzzentrum Frau & Beruf» im Besonderen und hilft den Unternehmen, die Themen Fachkräftegewinnung und Vereinbarkeit zu bewältigen.

- Die IHK ist mit ihrem Fachberater Inklusion Lotse für Arbeitgeber im Netzwerk bonn-rhein-sieg-fairbindet. In diesem Netzwerk arbeiten die unterschiedlichen Organisationen gemeinsam an dem Ziel, einen inklusiven Arbeits- und Ausbildungsmarkt in der Region zu schaffen und zu etablieren. Diesbezüglich informieren und beraten wir Arbeitgeber über Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten.

## **10. Wohnraumbedarf**

Wie es ist

- **Hohe Nachfrage und hohe Mieten:** Neben einem weiteren Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten rechnet die Region mit einem anhaltenden Bevölkerungswachstum. In Bonn wird die Zahl der Erwerbstätigen bis 2040 um 40.000 steigen. Auf dem Gebiet der Bundesstadt werden die entsprechend benötigten Wohnungen nicht bereitgestellt werden können. Deshalb werden im Rhein-Sieg-Kreis bis 2030 insgesamt 30.000 Wohnungen gebaut werden müssen. Der stetig steigende Nachfragedruck und der aktuell stockende Wohnungsneubau sind eine Herausforderung für die Sicherstellung zukunftsfähiger Wohnquartiere. Teure Materialien und eine teure Finanzierung wegen hoher Zinsen sind hier die Hauptursachen.

■ **Interkommunale Wohnraumversorgung:** In der bereits dicht besiedelten, aber stetig wachsenden Region Bonn/Rhein-Sieg wird es den einzelnen Kommunen allein nicht möglich sein, ausreichend Wohnraum zu schaffen. Deshalb wurde das Projekt „NEILA“ (Nachhaltige Entwicklung durch interkommunales Landmanagement) geschaffen. Es ergründet Möglichkeiten zur interkommunalen Wohnraumbereitstellung und zu möglichen Lastenteilungen.

■ **Große regionale Nachfrageunterschiede:** Bei guter Verkehrsanbindung steigen die Immobilienpreise auch in Mittelzentren stetig weiter. Gleichermaßen verlieren jedoch schlecht angebundene Gemeinden und leiden dann aufgrund mangelnder Attraktivität deutlich häufiger unter einem hohen Anteil von Leerständen.

■ **Bezahlbarer Wohnungsbau wird vernachlässigt:** Hauptgrund sind hier mangelnde finanzielle Anreize in den vergangenen Jahrzehnten, die die gestiegenen Bauzinsen und Baupreisen nicht berücksichtigen. Zudem stehen den Kommunen oft nicht ausreichend Reserveflächen zur Verfügung, um den vorherrschenden Bedarf zu decken. Gleichzeitig erhöhen die Klimaziele des Bundes den Druck auf den Wohnungsneubau zusätzlich, da immer höhere verbindliche Energiestandards die Baukosten weiter erhöhen. Zu einer Entspannung trägt auch der Bonner Klimaplan nicht bei, der noch einmal die Anforderungen an den Wohnungsneubau erhöht, damit die kommunalen Klimaziele bereits 2035 erreicht werden.

■ **Mietpreisbremse setzt falsche Anreize:** Die Mietpreisbremse begrenzt die möglichen Renditen im Wohnungsmarkt. Das vermindert den Anreiz, in den Wohnungsmarkt zu investieren. Zwar sind neugebaute und modernisierte Wohnungen zunächst nicht an die Bremse gebunden, jedoch kommt auch hier bei einem Mieterwechsel die Mietpreisbremse zum Tragen.

Was noch zu tun ist

■ **Flächen bereitstellen:** Aufgabe der Kommunen ist es, Baulandflächen in ausreichendem Maß zur Verfügung zu stellen. Soweit notwendig, muss dies auch in interkommunaler Abstimmung erfolgen. Der durch NEILA eingeschlagene Weg ist ein guter Ansatz und sollte intensiv weiterverfolgt werden.

■ **Alle Wohnraumpotenziale ausschöpfen:** Neben der Entwicklung von größeren Wohngebieten entstehen auch eine Vielzahl von Wohneinheiten über eine Nachverdichtung, durch Schließung von Baulücken, einen Dachausbau oder einer Aufstockung der Gebäude. Diese Maßnahmen sind jedoch oftmals mit langen Genehmigungsverfahren verknüpft, teils auch aufgrund sehr alter Bebauungspläne, die diese Nachverdichtungsmöglichkeiten nicht vorsehen. Die Kommunen müssen daher schnellstmöglich entsprechende Bebauungspläne mit Nachverdichtungspotenzial identifizieren und aktualisieren.

■ **Bürokratiebelastung reduzieren:** Bauleitplan- und Baugenehmigungsverfahren müssen so zügig wie möglich durchgeführt werden. Eine Digitalisierung des

gesamten Vorgangs und der ämterübergreifenden Zusammenarbeit könnte weitere Effizienzreserven heben.

- **Ungenutzte Flächen freigeben:** Soweit Gewerbe- und Industriegebiete ihrer ursprünglich zgedachten Nutzung nicht zugeführt werden können, sollten diese Flächen, wann immer möglich, durch einen Flächentausch für Wohnnutzung umgewidmet werden.
- **Investitionen in Wohnraum unterstützen:** Wohnraum entsteht, wenn sich Investitionen in die Errichtung entsprechender Immobilien für Unternehmer und Investoren lohnen. Staatliche Eingriffe und Vorgaben bezüglich des Mietzinses wirken auf Investitionen kontraproduktiv und sollten daher unterbleiben.
- **Zweckentfremdungssatzung abschaffen:** Hausbesitzer dürfen laut Bonner Satzung Wohnraum nicht umwidmen, leer stehen lassen oder zweckentfremden. Tun sie es doch, drohen Geldbußen – Ausnahmegenehmigungen unter Entrichtung von Ausgleichszahlungen sind allerdings möglich. Auch dieses Instrument hemmt Immobilienunternehmer und damit dringend benötigte Investitionen in Wohnimmobilien und sollte abgeschafft werden.

Das leistet die IHK

- Die IHK Bonn/Rhein-Sieg engagiert sich beim „Region Köln Bonn e. V.“ im Rahmen der Kooperationsrunde Siedlungsentwicklung und im Projekt NEILA .
- Der IHK-Ausschuss für Immobilienwirtschaft behandelt regelmäßig Fragen der Stadt- und Regionalentwicklung sowie der Wohnungswirtschaft und unterbreitet Politik und Verwaltung entsprechende Handlungsempfehlungen.

## 11. Kommunale Haushalte, Steuern und Abgaben

Wie es ist

### Realsteuerhebesätze als Standortnachteil

Hohe Realsteuerhebesätze verteuern den Standort. Die Standortunterschiede sind bundesweit erheblich. Viele Regionen in NRW gehören seit Jahren zu den Spitzenreitern bei den kommunalen Belastungen. In Bonn/Rhein-Sieg ist die Grundsteuer B 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 8,2 Prozent angestiegen, die Gewerbesteuer hat sich weniger stark um durchschnittlich 1,9 Prozent erhöht. Für den IHK-Bezirk liegt der Durchschnitt des **Gewerbesteuerhebesatzes** im Jahr 2024 um 7,8 Prozent über dem Landesdurchschnitt und um 14,6 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Die Durchschnittswerte der **Grundsteuer B** liegen im Jahr 2024 insgesamt 24 Prozent über dem Landes- und 38 Prozent über dem Bundesdurchschnitt.

## **Die Städte und Gemeinden sind weiterhin kaum in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.**

Ein echter Ausgleich gelang 2024 nach Auskunft der Bezirksregierung nur in Bornheim, durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage konnten weitere Kommunen ihren Haushalt „fiktiv“ ausgleichen. Der Haushaltssicherung unterlagen fünf Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis. Prognostisch verschlechtert sich die Lage in den Kommunen weiter.

## **Erhebliche Verschuldung in Städten und Gemeinden**

Die kommunale Verschuldung in NRW liegt zum Ende des Jahres 2023 bei 49,3 Milliarden Euro. Zugleich wird ein Investitionsstau von rund 50 Milliarden Euro vermeldet. Bei den kreisfreien Städten und Kreisen liegt Bonn bei den höchsten Schulden pro Kopf auf Platz 3 (6.125 Euro), insgesamt beträgt die Verschuldung zirka zwei Milliarden Euro. Im Rhein-Sieg-Kreis liegt Siegburg mit einer Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von 8.731 Euro noch darüber (insgesamt 366 Millionen Euro). Die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung mit 415 Euro pro Einwohner kann Swisttal aufweisen (insgesamt 7,78 Millionen Euro).

## **Reform der Grundsteuer**

Ob die Grundsteuerreform aufkommensneutral umgesetzt wird, zeigt sich anhand des Aufkommens nach Inkrafttreten der Reform. Viele Kommunen haben das Vergleichsniveau im Jahr 2024 angehoben. Die Möglichkeit, gesplittete Hebesätze einzuführen, birgt die Gefahr, durch überproportionale Grundsteuerlasten die Unternehmen vor Ort zusätzlich zu belasten. So wird die Grundsteuer zur zusätzlichen Unternehmenssteuer. Die Splittung bietet darüber hinaus rechtliche Risiken für die Haushalte und damit auch Unsicherheiten für die Unternehmen vor Ort.

## **Stadt Bonn benötigt Wege der Konsolidierung**

Während im Jahr 2023 noch ein Überschuss von zirka 100 Millionen Euro zu verzeichnen war, droht der Stadt Bonn die Überschuldung, wenn nicht gegengesteuert wird. In 2023 wurden erste Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet, dennoch hat die Bezirksregierung Vorbehalte zur Genehmigungsfähigkeit des Haushalts 2025/2026 geäußert. In der Folge werden fortlaufend weitere Anstrengungen erforderlich, um eine Trendwende bei den Jahresfehlbeträgen zu erreichen.

## Was zu tun ist

- **Steuern maßvoll gestalten:** Die Höhe der Realsteuerhebesätze beeinflusst auch die Attraktivität des Standorts. Ein weiteres Drehen an der Steuerschraube schadet den Unternehmen und damit mittelfristig auch den Kommunen. Im Vergleich zu angrenzenden Kommunen in Rheinland-Pfalz ist die Belastung für die Unternehmen in NRW immer noch deutlich höher. Die Realsteuerhebesätze müssen deshalb maßvoll gestaltet sein.
- **Grundsteuerreform – zusätzliche Belastungen vermeiden:** Die Umsetzung der Grundsteuerreform ist in NRW mit hohem bürokratischem Aufwand für die Steuerpflichtigen erfolgt. Die Möglichkeit der Einführung von gesplitteten Hebesätzen darf in den Kommunen nicht zu einer Sondersteuer für Unternehmen mit zusätzlichen Belastungen der Wirtschaft führen.
- **Verschuldung reduzieren:** Eine hohe Verschuldung belastet die Kommunen und schränkt ihre Handlungsfähigkeit auf Jahrzehnte ein. Es müssen deutliche Anstrengungen unternommen werden, die Verschuldung zurückzufahren und nicht die Belastungen auf künftige Generationen zu verlagern.
- **Mit Aufgabenkritik Ausgaben reduzieren:** Um ihre Herausforderungen zu erfüllen, müssen die Kommunen auch die Ausgabenseite in den Blick nehmen. Dabei müssen fortlaufend eine Aufgabenkritik betrieben und bei den Pflichtaufgaben die Standards überprüft werden. Eine Prozessoptimierung muss erfolgen, die Digitalisierung vorangetrieben werden.
- **Interkommunale Zusammenarbeit verstärken:** Digitalisierung und Shared Services können helfen, sich sachlich und personell zu spezialisieren. Infrastruktur und Personal können so besser ausgelastet und müssen nicht in jedem Fall mehrfach vorgehalten werden.
- **Kommunale Finanzen neu ordnen:** Alle Akteure müssen sich ernsthaft bemühen, das System so zu ordnen, dass die Gemeinden Anreize zu einer wirtschaftlichen Haushaltsführung haben und gleichzeitig durch einen bedarfs- und sachgerechten kommunalen Finanzausgleich die Existenz aller Kommunen gesichert ist. Es muss eine nachhaltige Lösung für den Umgang mit den Altschulden gefunden werden.
- **Volle Kostenübernahme für Auftragsverwaltung durch Bund und Land gewährleisten:** Das Konnexitätsprinzip muss eingehalten werden, das heißt Aufgaben, die auf die Kommunen übertragen werden, müssen auch dem Aufwand entsprechend entlohnt werden. Dies ist in der Vergangenheit nicht geschehen und hat zu einer Überlastung der Kommunen beigetragen.

## Das leistet die IHK

Die IHK Bonn/Rhein-Sieg setzt sich als Interessenvertretung der regionalen Wirtschaft für attraktive Rahmenbedingungen ein. In diesem Kontext erfolgt regelmäßig eine Analyse des Haushaltsentwurfs der Stadt Bonn. Die Realsteuerhebesätze der Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis werden abgefragt und auffällige Veränderungen öffentlich kommuniziert.

Auf Bundes- und Landesebene sorgt die IHK für die Integration der regionalen Unternehmensinteressen in die entsprechenden Positionspapiere im Sinne eines wirtschaftsfreundlichen Steuer- und Finanzsystems.

Die IHK wird im Sinne ihrer Mitglieder prüfen, ob die Grundsteuerreform – wie politisch versprochen – aufkommensneutral durchgeführt wurde und das Steueraufkommen vor und nach der Reform ähnlich hoch ist.

## 12. Regionale Kooperation, Metropolregion Rheinland

Wie es ist

- **Erneuter Führungswechsel bei der Metropolregion Rheinland (MRR):** In den vergangenen Jahren hat sich die MRR neu sortiert und aufgestellt. Die Zielrichtung wurde geschärft und die Arbeit auf die wichtigsten Themen fokussiert. Aktuell steht ein Wechsel in der Geschäftsführung bevor.
- **Region Köln Bonn e. V. setzt Akzente:** Mit dem Agglomerationsprogramm werden die Inhalte des Agglomerationskonzeptes operationalisiert und beispielgebende Projekte unterstützt und dargestellt. Bei der Transformation von Flächen berät der Verein alle beteiligten Akteure. Auch die Lenkung von Fördermitteln in die Region gehört zu den wichtigen Aufgaben.
- **Wenig Fortschritte bei interkommunaler Kooperation:** Die Zusammenarbeit zwischen der Bundesstadt und dem Kreis stockt. Auch zwischen den Kommunen sollte die Kooperation auf vielen Feldern verstärkt werden. Gemeinsame Gewerbeflächen, Konzepte und Flächen für den Wohnungsbau, ÖPNV, Park & Ride oder Radverkehr sind nur einige Beispiele.
- **Viele Ebenen und Organisationen sind beteiligt:** Für die Unternehmen und die Bevölkerung in der Region ist es oft nur schwer nachvollziehbar, welche Themen auf welcher Ebene angesiedelt sind und wer jeweils der passende Ansprechpartner ist. Die Aufgaben- und Organisationsstruktur und die Ergebnisse der Arbeit sind für Außenstehende nur schwer verständlich.
- **Rheinisches Revier wirbt um Unternehmen und Behörden:** Durch den Kohleausstieg steht im Rheinischen Braunkohlerevier ein umfangreicher Strukturwandel

an. Dieser wird von Bund und Land unterstützt und mit umfangreichen Fördermitteln hinterlegt. Durch die in unmittelbarer Nachbarschaft entstehenden und geförderten Gewerbeflächen wird es für die Region Bonn/Rhein-Sieg schwieriger, Unternehmen zu halten und Interessenten für Neuansiedlungen zu gewinnen. Die geplante Ansiedlung von großen Rechenzentren kann sowohl Chance als auch Risiko für unsere Region sein.

■ **Zusatzvereinbarung Bonn/Berlin:** In den zurückliegenden Jahren ist es gelungen, einer Zusatzvereinbarung zum Berlin-Bonn-Gesetz näher zu kommen. Durch die auf Februar 2025 vorgezogene Bundestagswahl wurde dieser Prozess jedoch unterbrochen; die Perspektiven sind unklar.

### **Was noch zu tun ist**

■ **Metropolregion muss weiter zulegen:** Die öffentliche Wahrnehmung im Rheinland, national und international, muss gesteigert werden. Politik, Unternehmen und Bürgern muss der Bedarf und Nutzen der Metropolregion, auch mit Hilfe von Leuchtturmprojekten, besser vermittelt werden. Die bestehenden Strukturen müssen sich, auch unter neuer Führung, weiter einspielen und verstetigen. Das Standortmarketing für die Region muss weiter im Sinne der Wirtschaft ausgebaut werden.

■ **Region Köln Bonn e. V. weiter unterstützen und Konzepte vor Ort umsetzen:** Agglomerationskonzept und -programm und die Klimawandelvorsorgestrategie beinhalten wichtige Impulse für die Region, die umgesetzt und an sich wandelnde Rahmenbedingungen angepasst werden müssen. Bei der Regionale 2025 startet der Präsentationszeitraum. Damit sollen die Projekte und ihre Wirkung für eine breitere Öffentlichkeit sichtbar und erlebbar werden.

■ **Regionale Kooperation muss umgesetzt und gelebt werden:** Gemeinsame Gewerbeflächen müssen endlich ausgebaut werden, Regelungen für die Verteilung der Steuereinnahmen und Kosten müssen vereinfacht oder standardisiert werden. Entsprechende Konzepte und Best-Practice-Beispiele gibt es inzwischen, diese müssen aber vermehrt umgesetzt werden. Gleiches gilt für das Thema Wohnen.

■ **ÖPNV in der Region ausbauen und vernetzen:** Der ÖPNV in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis muss erweitert und attraktiver werden. Die Tarifstrukturen, auch bei Verkehren zwischen den Verbänden im Rheinland, müssen vereinfacht und kundenfreundlicher gestaltet werden. Für Autofahrer muss ein Umstieg durch geeignete Park-&-Ride-Parkplätze erleichtert werden – eine interkommunale Aufgabe.

■ **Rheinisches Revier beobachten und Auswirkungen auf die Region untersuchen:** Die Wirkungen der Fördermaßnahmen auf andere Räume müssen untersucht werden. Verdrängungseffekte müssen analysiert, Doppelstrukturen vermieden werden. Es darf keine Quersubventionierung geben, und die Wettbewerbsneutralität muss gewahrt sein. Gleichzeitig sollte die Region versuchen,

von den Entwicklungen zu profitieren. Eine Anbindung an die geplanten Rechenzentren könnte Chancen für die Unternehmen eröffnen.

■ **Die Zusatzvereinbarung zum Berlin-Bonn-Gesetz muss kommen:** Die schon ausgehandelte Vereinbarung muss zeitnah in Kraft treten. Die darin aufgeführten Projekte müssen finanziert und zeitnah umgesetzt werden.

### **Das leistet die IHK**

■ Die IHK engagiert sich in der Metropolregion und im Region Köln Bonn e. V. und bringt hier die Interessen der regionalen Wirtschaft ein.

■ Die IHK verfolgt die aktuellen Entwicklungen im Rheinischen Revier und bringt die Interessen der regionalen Wirtschaft ein.

■ Die IHK bringt sich in die IHK-Initiative-Rheinland ein und betreut hier unter anderem federführend das Tourismusbarometer.

## **13. Kultur und Tourismus**

Wie es ist

■ **Die Region Bonn/Rhein-Sieg hat im Tourismus viel zu bieten:** Die Touristiker und die Bevölkerung können sich glücklich schätzen, so viele Sehenswürdigkeiten vor ihrer „Haustür“ zu haben. Während jedoch in vergangenen Zeiten viele Touristen schon allein deshalb kamen, weil Bonn Bundeshauptstadt war, ist das heute – viele Jahre nach dem Umzug nach Berlin – nicht mehr selbstverständlich.

■ **Die Schwerpunktfelder der touristischen Entwicklung haben sich verlagert:** Heute fragen Touristen zunehmend die Themen Kultur, Natur und Aktiv nach. Auch haben sich die Reiseanlässe hin zu mehr Spontanität, Individualität und Regionalität verändert. Die Region muss heute im Wettbewerb mit vielen anderen Destinationen um die Touristen werben. Das wird besonders deutlich, wenn man sich das Image der Region in entsprechenden Untersuchungen ansieht. Darin findet sich nicht selten das Bild einer wenig attraktiven Region ohne nennenswerte Attraktionen wieder. Bonn und der Rhein-Sieg-Kreis haben zur Festlegung der zukünftigen Schwerpunktfelder touristische Leitbilder entwickelt, welche nun in die Anwendung überführt werden müssen.

■ **Neustart der touristischen Vermarktung:** Die Tourismus & Congress GmbH Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler ist für die Vermarktung der touristischen Region zuständig. Die anstehende Neuausrichtung ihrer Arbeit soll die Grundlage für ein Wachstum der Tourismusbranche sein, von der auch die Gesamtwirtschaft vor Ort profitiert. Aktiv unterstützt und begleitet wird die Tourismus & Congress GmbH zukünftig von einem Fachbeirat.

■ **Touristische Wahrnehmung verbesserungswürdig:** Die Region Bonn/Rhein-Sieg wird regional, national und international mit unterschiedlichen touristischen Motiven wahrgenommen. Eine klare Fokussierung auf ein Alleinstellungsmerkmal fehlt jedoch. Die Vermarktungsaktivitäten rund um das Beethoven-Jubiläum („BTHVN 2020“) haben gezeigt, dass die Konzentration auf ein Thema zu einer gestiegenen bundesweiten und internationalen Wahrnehmung führen kann.

Was noch zu tun ist

■ **Masterplan Tourismus der IHK Bonn/Rhein-Sieg umsetzen:** Bonn/Rhein-Sieg muss es gelingen, als attraktiver, moderner und vor allem lohnenswerter Tourismusstandort wahrgenommen zu werden. Bonn und die Region müssen das wirtschaftliche Potenzial des Tourismus noch stärker heben und es schaffen, in nationalen wie internationalen Rankings einen guten Platz zu belegen. Hierbei gilt es, die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismussektors gegenüber Politik und Verwaltung hervorzuheben und auf eine ausreichende Ausstattung mit finanziellen Mitteln hinzuwirken.

■ **Ziel-Image der Region herausarbeiten:** Die Region muss festlegen, mit welchen touristischen Attributen sie künftig wahrgenommen werden will. Die vorhandenen Leitbilder sollten hierfür die Grundlage bieten. Wichtig ist, dass sich die Region künftig als besonders, dynamisch und mit einem klaren Image präsentiert.

■ **Touristische Zielgruppen definieren und adressieren:** Noch stärker als bisher muss sich das Marketing auf Geschäftsreisende und Gäste des MICE-Segments (Meetings, Incentives, Conferencing, Exhibitions) konzentrieren. Die Region muss zugleich mehr als bisher Familien, Kinder, Jugendliche, Schüler und junge Singles in den Blick nehmen.

■ **Die Region Bonn/Rhein-Sieg durch die Tourismusorganisationen besser vermarkten:** Dabei sollte der Blick auf Kernthemen gerichtet werden. Allein „Vielfalt“ zu vermarkten, ist nicht zielgerichtet. Kernthemen müssen stetig definiert werden und in Form von Dialogkommunikation mit entsprechenden Gästesegmenten auf Aktualität überprüft werden.

■ **Tourismusstandort Bonn/Rhein-Sieg besser erreichbar machen:** Für die Erreichbarkeit des Tourismusstandorts sind die Instandhaltung, der Ausbau und die Erweiterung der Verkehrsinfrastruktur unabdingbar. Dazu gehört auch der konsequente Ausbau von SPNV und ÖPNV mit ausreichenden und attraktiven Park-&-Ride-Angeboten. Dafür sollten sich die Stadt Bonn, der Rhein-Sieg-Kreis sowie die IHK einsetzen.

■ **Geschaffene Marke „BTHVN“ weiter langfristig nutzen:** Die in den vergangenen Jahren entwickelte und international bekannte Marke für das Beethoven-Jubiläumsjahr „BTHVN“ sollte langfristig für den Standort Bonn/Rhein-Sieg genutzt werden. Hierzu ist eine ausreichende finanzielle Ausstattung und Unterstützung des

Markeneignern notwendig, sodass das nächste „Beethoven-Jubiläumsjahr 2027“ angemessen zelebriert werden kann.

■ **Veranstaltungsstätten vorhalten, entwickeln und auslasten:** Die Region benötigt eine Vielzahl unterschiedlicher Veranstaltungsstätten, die eine Vielzahl unterschiedlicher Events ermöglichen und auch eine architektonische Strahlkraft entfalten. Eine permanente Bestandspflege und Modernisierung bei seriöser Finanzplanung sind hier unabdingbar, ebenso wie eine Vermarktung, die eine hohe Auslastung aus wirtschaftlicher Sicht gewährleistet. Nur so kann das touristische Versprechen auch dauerhaft eingelöst werden. Auch private Investoren sollten in ihrer Projektentwicklung durch Politik und Verwaltung unterstützt und kritisch begleitet werden.

■ **Beherbergungssteuer abschaffen:** Die Beherbergungssteuer sollte in den Kommunen umgehend abgeschafft werden, eine weitere Erhöhung wird abgelehnt. Sollte sie dennoch weiterhin erhoben werden, sollten die finanziellen Mittel für die touristische Destinationsvermarktung zur Förderung des Tourismus erhöht werden.

Das leistet die IHK

■ Die IHK Bonn/Rhein-Sieg unterstützt den Tourismus auf vielfältige Weise. Mit Stellungnahmen, Umfragen und Pressearbeit weist sie Politik und Verwaltung auf Missstände und Herausforderungen im Tourismus hin. So hat die IHK ihre tourismuspolitischen Forderungen im Masterplan „Tourismusstandort Bonn/Rhein-Sieg“ gebündelt und beobachtet die Branchenentwicklung über das „Tourismusbarometer Rheinland“.

■ Die IHK betreut geschäftsführend den Tourismus-Förderverein Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler e. V. sowie den Erfahrungskreis II für Hotelbetriebe.

## 14. Gründungen und Nachfolge

### Wie es ist

■ **Quantität versus Qualität im Gründungsgeschehen:** Das Gründungsgeschehen in der Region unterscheidet sich hinsichtlich Quantität und Qualität. Die Zahl der Gründungen ist im bundesweiten Vergleich eher unterdurchschnittlich, das gilt aber auch für die Ausfallquote. Die gegründeten Unternehmen sind deutlich robuster und wirtschaftlich vielversprechender als in anderen Regionen. Das ist darauf zurückzuführen, dass der Arbeitsmarkt mit den Dax-Konzernen und den Bundesministerien und -behörden nach wie vor attraktiv ist und so Gründungen aus der Not eher selten sind. Geschäftsideen werden immer stärker an aktuellen Themen, wie Nachhaltigkeit, Digitalisierung oder Künstliche Intelligenz, ausgerichtet, aber auch an Themen, wie Gesundheit und Ernährung oder Cybersicherheit als wichtige Potenziale in der Region.

### ■ **Digital Hub Region Bonn als Erfolgsgeschichte für die regionale**

**Kooperation:** Der Digital Hub Region Bonn zeigt, was öffentliche Akteure (Gebietskörperschaften und Wirtschaftskammern), Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen erreichen können, wenn sie ein gemeinsames Ziel haben. Durch diese Partnerschaft haben Bonn und die Region auf der bundesweiten Start-up-Landkarte Sichtbarkeit erlangt. Gründungsstipendium und Accelerator-Programm sind attraktive Pull-Faktoren für Start-ups und innovative (digitale) Gründungen – nicht nur aus der Region. Mit zwei Standorten am Hauptbahnhof und am Bonner Bogen (für Cyber-Security) ist der Hub auch physisch präsent.

■ **4.000 Unternehmen stehen in den nächsten Jahren zur Nachfolge an:** Der demografische Wandel wirkt sich extrem auf den Unternehmensbestand in der Region aus. Insgesamt gibt es 16.500 Familienunternehmen, bei denen der Inhaber/die Inhaberin 55 Jahre und älter ist. Davon erzielen rund 4.000 Familienunternehmen einen Gewinn von mindestens 61.000 Euro und sind damit für eine Übergabe attraktiv. Diese Potenziale gilt es, durch Übergaben in der Familie oder externe Nachfolgen zu heben, um Unternehmen und Arbeitsplätze zu sichern. Angesichts der Bugwelle der übergabereifen Unternehmen ist frühzeitige Information und Planung gefordert.

### **Was noch zu tun ist**

■ **Innovative Geschäftsideen benötigen Unterstützung durch ein breites Netzwerk:** Ein starkes Netzwerk zum Gründungsgeschehen, bestehend aus Wirtschaftsförderungen, IHK und Handwerkskammer, Universität, Hochschulen und Digital Hub, muss auch weiterhin ein qualitativ hochwertiges Angebot für die Entwicklung und Unterstützung von Geschäftsideen bieten. Geschäftsideen werden immer innovativer und orientieren sich an aktuellen Themen und Herausforderungen. Die Region muss ihre Angebote deshalb fachlich und inhaltlich darauf einstellen und transparent aufeinander abstellen. Die Wirtschaftsförderungen und Wirtschaftskammern der Region müssen Angebote schaffen, um Betriebe bei der Entwicklung von aktuellen, nachhaltigen und wirtschaftlichen Geschäftsmodellen rechtzeitig zu unterstützen. Hier kann auch der Nachhaltigkeits-Hub Region Bonn wichtige Impulse setzen.

■ **Digital Hub muss weitere Impulse für die Region setzen:** Der Digital Hub Region Bonn hat sich beim Land Nordrhein-Westfalen für die nächste Förderperiode bis 2028 beworben. Eine entsprechende Auswahl vorausgesetzt, muss es dem Hub gelingen, die zurückgehende finanzielle Unterstützung durch das Land durch neue Unterstützer zu kompensieren oder Strukturen zu optimieren. Dabei gilt es insbesondere die Themen Wachstum und Festigung von Start-ups zu besetzen und die Kooperationen zwischen etablierten Unternehmen und Gründerinnen und Gründern stärker als bisher umzusetzen.

■ **Nachfolge muss „sexy“ werden:** Während Start-ups bundesweit und durch die Aktivitäten des Digital Hubs auch regional für Aufbruchstimmung sorgen und positiv besetzt sind, fristet die Unternehmensnachfolge als öffentliches Thema eher noch ein Schattendasein. Die regionalen Netzwerkpartner sind aufgefordert, dieses Thema stärker anzugehen und zu besetzen, um die Bestandspflege von bestehenden Unternehmen zu intensivieren. Hierbei können Aktivitäten, wie das Notfallhandbuch und die digitale Plattform der Unternehmenswerkstatt Deutschland, wichtige Impulse und ein erster niedrighschwelliger Zugang sein. Die Aktivitäten im Bereich der Unternehmensnachfolge gilt es, regional zu koordinieren und aufeinander abzustimmen.

### **Das leistet die IHK**

■ **Erster Ansprechpartner für Gründerinnen und Gründer:** Als starker Netzwerkpartner unterstützt die IHK Bonn/Rhein-Sieg das Gründungsgeschehen in der Region mit einer Vielzahl von Angeboten. Dazu zählt ein reichhaltiges und innovatives Veranstaltungsprogramm mit monatlichen Präsenz-Webinaren bis hin zum alljährlichen Gründungscamp im Rahmen der bundesweiten Gründungswoche. Die Zahl der individuellen Einstiegsberatungen nimmt kontinuierlich zu. Dabei orientiert sich die IHK an den Qualitätskriterien, die für ein zertifiziertes Starter-Center NRW vorgegeben sind.

■ **Gründungsstipendium für analoge Gründungen:** Die IHK koordiniert das Gründungsstipendium für analoge Gründungen in der Region, wobei die Organisation über den Digital Hub Region Bonn umgesetzt wird. Damit ist die IHK Anlaufstelle für Gründerinnen und Gründer aus dem analogen Bereich, während digitale Gründungen vom Digital Hub koordiniert werden. Mit in der Jury vertreten sind die Partner Wirtschaftsförderung Bonn und Rhein-Sieg-Kreis sowie Universität Bonn und der Hochschule Bonn/Rhein-Sieg.

■ **Experten bei der Unternehmensnachfolge:** In der Nachfolgeberatung richtet die IHK eigene Veranstaltungsformate, wie den Stammtisch oder den Kaminabend Unternehmensnachfolge, aus und arbeitet mit Netzwerkpartnern, wie den Nachfolgeexperten e. V. zusammen. Bei der Suche nach Nachfolgern betreut die IHK neben der bundesweiten Nachfolgebörse nexxt-change auch den eigenen IHK-Nachfolgepool NRW, um Abgebende und Übernehmende zusammenzubringen.

## 15. Wissenschaft, Innovation und Technologietransfer

Wie es ist

■ **Breite Wissensvielfalt in der Region Bonn/Rhein-Sieg:** Über sieben Hochschulen und rund 20 renommierte Forschungseinrichtungen sorgen in der Stadt Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis für ein vielfältiges und attraktives Studienangebot. Seit dem Jahr 2019 ist die Universität als Exzellenzuniversität ein ganz besonderes Aushängeschild. Nationale Einrichtungen der Wissenschaftspolitik, -verwaltung und -förderung sprechen für den regionalen Wissensraum mit internationaler Strahlkraft. Aktuell sind weit mehr als 40.000 Studierende an den Universitäten und Hochschulen eingeschrieben.

■ **Mögliche Unterstützung durch regionale Kooperationspartner oftmals ungenutzt:** Zahlreiche Entwicklungen in Unternehmen werden bereits durch Kooperationen mit regionalen Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen unterstützt. Dabei fließt wissenschaftliches Know-how in die Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen. Allerdings bestehen immer noch Hürden, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, auf dem Weg zu mehr Innovation wissenschaftliches Know-how in Anspruch zu nehmen. Außer fehlender Kenntnis darüber, in welchen Gebieten wissenschaftliches Know-how besteht, werden oftmals Projekte mit Wissenschaftseinrichtungen als zu langwierig angesehen.

■ **Langfristiger Mangel an Fachkräften in der Region erkennbar:** Betrachtet man die Entwicklung der Immatrikulationszahlen in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) in Relation zum weiter steigenden Fachkräftebedarf, lässt sich ein Mangel von Fachkräften mit Hochschulabschluss ableiten. Schon jetzt wirkt die Lücke an Ingenieuren, Naturwissenschaftlern sowie technischen Fachkräften vereinzelt als Dynamikbremse.

Was noch zu tun ist

■ **Akademische Fachkräfte an die Region binden:** Die große Zahl an Hochschulen sowie Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen sorgt auf dem regionalen Arbeitsmarkt für eine Vielzahl von gut ausgebildeten akademischen Fachkräften. Die Hochschulen der Region haben in den vergangenen Jahren bemerkenswerte Aktivitäten entfaltet, wie Unternehmensmessen oder auch die Informationsveranstaltung „Next-Stop: Job“, um junge Absolventen an die Region zu binden. Diese müssen fortgesetzt und intensiviert werden, etwa durch eine systematische und gezielte Ansprache der Studierenden in den Hochschulen und Universitäten, um einem späteren regionalen Fachkräftemangel im akademischen Bereich vorzubeugen. Ausländischen Absolventen sollte über eine passgenaue Beratung und Begleitung der Übergang in das Berufsleben leichter gemacht werden.

■ **Absolventen zu Unternehmern machen:** Das Themenfeld

„Hochschulabsolventen als Existenzgründer“ ist ein zentraler Baustein für die weitere Dynamik des Wirtschaftsstandortes. Formate, wie „Meet the Boss“, in denen Studierende regionale Unternehmerinnen und Unternehmer kennenlernen und sich direkt mit ihnen austauschen, können zu erhöhter Gründungsaktivität anregen. Zudem sollten die einzelnen Hochschul-Gründungszentren ihre Aktivitäten weiter miteinander verzahnen, verstetigen und ausbauen. Das Lehrpersonal in Universitäten und Hochschulen sollte stärker für Gründungsaktivitäten sensibilisiert werden, etwa durch Schulungen oder die gezielte Ansprache zu den Chancen des Transfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Zudem sollte das Lehrpersonal mehr Freiräume für diese Aktivitäten erhalten. Die Hochschulen sollte allgemein anstreben, Stiftungsprofessuren zu gewinnen.

■ **Förderprogramme für Innovationen verschlanken und besser vermarkten:**

Zahlreiche Förderprogramme unterstützen bereits die Innovationstätigkeiten mittelständischer Unternehmen. Allerdings sind die administrativen Hürden häufig hoch. Hier gilt es, diese Hürden zu beseitigen und die Möglichkeiten, eine Förderung in Anspruch zu nehmen, noch besser in das Bewusstsein der Unternehmen zu rücken.

■ **Wissenschaftsregion strategisch vermarkten:** Die Stärke der

Wissenschaftsregion in ihrer Vielfältigkeit und Exzellenz wird zu verschiedenen Anlässen bereits vermarktet, jedoch ist eine Verbesserung der Vermarktung nicht zu erkennen. Die Bekanntheit ist jedoch – gerade vor dem Hintergrund der Kompetenzkonzentration und des Potenzials der Region – noch steigerungsfähig. Die Hochschulen und Akteure in Politik und Verwaltung sollten deshalb eine strategische, regional abgestimmte nationale und internationale Vermarktung der Wissenschaftsregion anstreben.

Das leistet die IHK

■ Mit ihrer Innovations-Erstberatung versteht sich die IHK Bonn/Rhein-Sieg als Anlaufstelle für ihre Mitgliedsunternehmen. Die Expertise umfasst beispielsweise die Themen CE-Kennzeichnung, Produktsicherheit und Förderprogramme. Außerdem veranstaltet die IHK allein und mit Partnern immer wieder Informationsveranstaltungen oder Fachkongresse zu aktuellen Innovations-Themen, um den Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern.

■ Die IHK begleitet Digital Hub und Cyber Security Cluster in wichtiger Rolle weiter und trägt damit zum Erfolg der Netzwerke bei. Weiterhin setzt sich die IHK für die Ansiedlung einer School of Entrepreneurship ein.

## 16. Energie und Umwelt

Wie es ist

■ **Stockende Energiewende verunsichert Unternehmen – Hohe Energiepreise und Netzentgelte:** Als industrielles Kernland mit einem bisher sehr hohen Anteil konventioneller Strom- und Wärmeerzeugung stellt die Energiewende Nordrhein-Westfalen vor große Herausforderungen. Gleichzeitig hat der Zubau an erneuerbarer Erzeugungskapazität in Bonn/Rhein-Sieg und darüber hinaus an Dynamik gewonnen, wenngleich seit 2018 keine neue Windkraftanlage in der Region in Betrieb genommen wurde. Die erneuerbaren Erzeugungskapazitäten sind unzureichend in die vorhandene Netzinfrastruktur integriert. Ein weiterer erheblicher Ausbau ist notwendig, um die ambitionierten Klimaziele zu erreichen. Nach wie vor fehlen ausreichend Netz- und Speicherkapazitäten sowie zuverlässige Kraftwerke für sogenannte Dunkelflauten. Dies gefährdet die Versorgungssicherheit. Mit der Energieversorgung im Wandel gehen im internationalen Vergleich hohe Energiepreise einher sowie hohe Netzentgelte, die in den massiven Ausbau der Netzinfrastruktur fließen. Betriebe einzelner strom- oder energieintensiver Wirtschaftszweige verlagern ihre Produktion in wettbewerbsfähigere Länder. Ein Wasserstoff-Kernnetz soll mit zwei Verbindungen von Norden nach Süden durch den Rhein-Sieg-Kreis bis spätestens Ende 2032 verlegt werden. Zu welchem Preis und in welcher Menge und Qualität Wasserstoff dann zur Verfügung stehen wird, ist bisher unklar. Das sorgt zusätzlich für Unsicherheit.

■ **Daseinsvorsorge durch Kommunen:** Traditionell nehmen Kommunen Aufgaben der Daseinsvorsorge wahr. Sie stellen für die Bürgerinnen und Bürger etwa Strom, Gas und Wasser bereit und kümmern sich um die Abfall- und Abwasserentsorgung. Die gesetzliche Grundlage hierfür liefert die nordrhein-westfälische Gemeindeordnung. Zwar sind die bestehenden Kooperationen, zum Beispiel im Rahmen des Abfallzweckverbands REK, im Hinblick auf die Auslastung vorhandener Anlagen zu begrüßen. Aber: Die kommunalwirtschaftliche Betätigung führt teilweise zu Wettbewerbsverzerrungen gegenüber privaten mittelständischen Unternehmen.

■ **Kommunale Wärmeplanung:** Städte und Kommunen sind gesetzlich dazu verpflichtet, eine kommunale Wärmeplanung durchzuführen. Viele Kommunen sind derzeit dabei, eine solche Planung aufzustellen. Die kommunale Wärmeplanung soll wirtschaftlich tragfähige Lösungen erarbeiten, Planungs- und Investitionssicherheit schaffen und lokale Unternehmen frühzeitig in den Prozess einbinden. Zudem sollten Förderprogramme und Technologien berücksichtigt werden, die nachhaltiges Wachstum ermöglichen und regionale Wertschöpfung stärken.

**Eine erfolgreiche Energiewende hängt auch von den Kommunen ab:** Sowohl die Stadt Bonn als auch der Rhein-Sieg-Kreis haben ihr Angebot an Energieberatungsdienstleistungen deutlich ausgebaut. In der Stadt Bonn ist dafür die Wirtschaftsförderung und im Kreis die Energieagentur Rhein-Sieg e. V. verantwortlich. Diese stoßen jedoch schnell an personelle Kapazitätsgrenzen und

sind trotz einer verbesserten Vermarktung in vielen Unternehmen noch unbekannt. Zudem wurde in der Stadt Bonn das innovative Förderprogramm „Solares Bonn“ aufgesetzt und im Rhein-Sieg-Kreis eine Solarkampagne durchgeführt, um den Photovoltaik-Ausbau zu beschleunigen. Ein Fachbeitrag und ein Konzept zur Freiflächen-Photovoltaik liegen für die Region vor, haben aber noch nicht zum gewünschten Zubau in der Fläche geführt. Einen positiven Impuls für den Ausbau, insbesondere der Windenergieanlagen, wird vom Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien des Regionalplans erwartet, der im Jahr 2025 in Kraft treten soll.

Was noch zu tun ist

■ **Beschränkung der unternehmerischen Betätigung:** Kommunen sollten nur dann als Unternehmer auftreten, wenn hierdurch ein Beitrag zur Verbesserung der örtlichen Ver- oder Entsorgungsinfrastruktur geleistet wird. Im Rahmen der Diskussion um den sogenannten „kommunalen Querverbund“ muss klar zwischen hoheitlicher und „privatrechtlicher“ Tätigkeit der Kommunen getrennt werden. Gewinne „kommunaler Unternehmen“ im nicht-hoheitlichen Bereich, wie bei allen übrigen Wettbewerbern auch, sollten besteuert werden, um Chancengleichheit sicherzustellen.

■ **Ausbau der regionalen Energienetzinfrastruktur:** Der auf die Anforderungen der Energiewende abgestimmte Ausbau der regionalen Energienetzinfrastruktur muss vorangetrieben werden, um die Versorgungssicherheit sowie möglichst geringe Energiepreise und Netzentgelte langfristig zu gewährleisten. Politik und Verwaltung sollten sich dafür einsetzen, dass Anfragen für Netzanschlüsse unabhängig von Energieträger oder Technologie und Anschlussgröße zeitnah sowie wirtschaftsfreundlich bearbeitet und zur Verfügung gestellt werden. Die Versorgung der regionalen Wirtschaft und Energieversorger mit Wasserstoff ist, aus heutiger Sicht, zukünftig von großer Bedeutung. Damit die Region Anschluss an das Wasserstoff-Kernnetz erhält, das durch den Rhein-Sieg-Kreis verlaufen wird, sollten Politik und Verwaltung Initiativen zur Anbindung der Region unterstützen.

**Unterstützungsangebote für Unternehmen bedarfsorientiert ausweiten:** Kommunen sollten ihre Beratungsdienstleistungen im Bereich Energie für Unternehmen weiter verbessern, indem sie diese so ausstatten, dass diese unabhängige Erstberatungen durchführen und Kontakte weitervermitteln können. Ein Wissenstransfer oder eine enge Kooperation sollte zwischen den Energieagenturen in Stadt und Kreis sowie der Wirtschaftsförderung Bonn etabliert werden, um Synergien zu nutzen. Zudem sollte ein regelmäßiger Austausch mit den für Energiefragen relevanten Planungs- und Genehmigungsbehörden stattfinden. Die Verwaltungen sollten regelmäßig prüfen, Landes- und Bundesmittel aus Förderprogrammen zur Beschleunigung der Energiewende in der Kommune in Anspruch zu nehmen.

**Energiewende vorantreiben durch Digitalisierung und personelle Stärkung:** Kommunen und Städte können die Energiewende beschleunigen, indem sie

Verwaltungsprozesse digitalisieren und vereinfachen sowie ihre personelle Ausstattung zielgerichtet verbessern. Digitale Antragsverfahren für Genehmigungen können die Bearbeitungszeiten erheblich verkürzen und den Zugang für Unternehmen erleichtern. Darüber hinaus sollten Schlüsselbereiche, wie Bauämtern, Energie- und Umweltaustragen, personell gestärkt werden, um die gestiegene Nachfrage nach Beratung und Genehmigungen bewältigen zu können. Zudem könnten zentrale Online-Plattformen entwickelt werden, über die sowohl Fördermittelanträge als auch Energieprojekte verwaltet werden, was Transparenz und Effizienz erhöht. Parallel dazu sind Schulungen und Weiterbildungen für bestehendes Personal essenziell, um technisches und regulatorisches Know-how aktuell zu halten.

**Lokale Regulierung als Gefahr für Wirtschaftsstandort:** Lokale Regulierung durch ergänzende Energie-, Umwelt- oder Klimavorschriften kann den Wirtschaftsstandort gefährden, da übermäßig komplexe und bürokratische Vorgaben Investitionen hemmen und die lokale Wirtschaft gegenüber Nachbarkommunen schlechter stellt. Insbesondere kleinere Betriebe leiden unter hohen Kosten und Zeitaufwand für die Einhaltung zahlreicher Vorschriften, was ihre Wettbewerbsfähigkeit einschränkt.

**Mit kommunaler Wärmeplanung die Energiewende unterstützen:** Die kommunale Wärmeplanung sollte wirtschaftlich und technisch tragfähige Lösungen bieten, Planungs- und Investitionssicherheit schaffen und lokale Unternehmen frühzeitig in den Prozess einbinden. Zudem sollten Technologien berücksichtigt werden, die die regionale Wertschöpfung stärken. Fernwärme als Alternative zu anderen Technologien der Wärmeversorgung muss transparent und zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten werden.

Das leistet die IHK

- Die IHK Bonn/Rhein-Sieg berät ihre Mitgliedsunternehmen zu Fragen des betrieblichen Umweltschutzes sowie der Energieversorgung und gibt wertvolle Tipps zu möglichen Förderprogrammen. Mithilfe von Informationsveranstaltungen, durch die Bildung von Netzwerken zu Energie-Themen und Newsletter informiert die IHK ihre Mitgliedsunternehmen zu aktuellen Themen rund um Energie und Umwelt.
- Die IHK setzt sich für die Interessen ihrer Mitgliedsunternehmen ein, unter anderem mit Veröffentlichungen für Politik und Verwaltung, um diese über die Erwartungen und Bedürfnisse der Wirtschaft zu informieren.
- Auf Grundlage der Gemeindeordnung NRW nimmt die IHK als Trägerin öffentlicher Belange Stellung zu allen Fragen, die die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen betreffen.

## 17. Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Wie es ist

- **Herausforderungen durch Regelungen:** Nachhaltigkeitsregulierungen werden von einem Teil der Unternehmen in der Region als existenzbedrohend angesehen und führen für einen Großteil zu zusätzlichen Kosten und Herausforderungen. Rund sieben Prozent der Unternehmen erwägen in diesem Zusammenhang eine Standortverlagerung.
- **Einsatz für Nachhaltigkeit:** Immer mehr Unternehmen setzen auf Nachhaltigkeit in ihrem Wirtschaften und suchen unabhängig von gesetzlichen Regelungen aktiv nach Möglichkeiten, umweltfreundlicher zu agieren.
- **Klimaneutralität 2045:** Knapp die Hälfte der Unternehmen in Bonn/Rhein-Sieg gibt in einer aktuellen Umfrage an, dass Klimaneutralität bis 2045 für sie nicht erreichbar ist. Hintergrund ist die angestrebte Klimaneutralität Deutschlands bis 2045.
- **Klimaschutzkonzepte:** Viele Kommunen, kommunale Verbünde und Kreise haben Klimaschutzkonzepte entwickelt. Die Realisierbarkeit der Konzepte und Pläne wird jedoch von knapp der Hälfte der Unternehmen angezweifelt. Gleichzeitig fühlt sich ein Viertel der Unternehmen in der Region schlecht über Regelungen und Politik im Bereich Nachhaltigkeit informiert.

Was noch zu tun ist

- **Wechselwirkungen berücksichtigen:** Wir unterstützen die Forderungen nach einer nachhaltigeren Entwicklung unserer Wirtschaft. Dabei warnen wir vor einer isolierten Betrachtung der Maßnahmen und Vorgaben, ohne deren Wechselwirkungen zu berücksichtigen. Unser Ziel ist es, den Klimaschutz zu stärken, ohne Wohlstand, Arbeitsplätze und regionale Zukunftsfähigkeit zu verlieren.
- **Nachhaltiges Engagement von Unternehmen unterstützen:** Das Engagement von Unternehmen sollte noch stärker in den Fokus gerückt werden, außerdem bedarf es besserer Rahmenbedingungen für dieses Engagement, zum Beispiel durch entsprechende Infrastruktur.
- **Standort attraktiv halten:** Es sollten Wege gefunden werden, die einerseits auf Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft einzahlen und andererseits einer breiten Mehrheit der Unternehmen ermöglichen, sich daran zu beteiligen, ohne die eigene Existenz und damit den Standort zu gefährden.
- **Realistische Ziele setzen:** Es ist notwendig realistische und damit erfüllbare Ziele für den Pfad zur Klimaneutralität zu formulieren. Es ist wichtig, dass die Politik gemeinsam mit der Wirtschaft realistische und umsetzbare Lösungen erarbeitet.
- **Abstimmung und Vernetzung der Klimaschutzkonzepte:** Die in vielen Kommunen und im Kreis entwickelten Klimaschutzkonzepte sollten auf die gesamte

Region Bonn/Rhein-Sieg sowie entlang nationaler und internationaler Pläne abgestimmt werden, um eine optimale Wirkung entfalten zu können.

Das leistet die IHK

- Mit unterschiedlichen Formaten, wie Webinaren und Newslettern, unterstützt die IHK die Nachhaltigkeitsanstrengungen ihrer Mitgliedsunternehmen. Seit 2011 richtet die IHK in Kooperation mit der Freiwilligenagentur der Bundesstadt Bonn den Marktplatz „Gute Geschäfte“ aus.
- Nachhaltigkeitsberichte der IHK zeigen Regelungen und Herausforderungen branchenspezifisch auf und formulieren Erwartungen an die Politik. Nachhaltigkeitsreports informieren über die Auswirkungen auf Unternehmen und den Status quo in der Region.
- Die IHK unterstützt den Nachhaltigkeits-Hub, der seinerseits Unternehmen bei der Umsetzung nachhaltiger Geschäftsmodelle unterstützt und berät sowie Vernetzungsmöglichkeiten bietet.
- Die IHK bringt die Sicht der Wirtschaft auf regionaler Ebene in Arbeitskreisen und Veranstaltungen zum Thema Nachhaltigkeit und Klimaschutz ein.